

Albert F. Reiterer

Der Euro und die EU

Zur Politischen Ökonomie des Imperiums

pad

Die vorliegende Veröffentlichung erscheint im Rahmen des pad-Projektes „Ökonomisches Alphabetisierungsprogramm“ in Zusammenarbeit mit Labournet (<http://www.labournet.de>)

Redaktion: Peter Rath-Sangkhakorn

© pad-Verlag, Am Schlehdorn 6, 59192 Bergkamen
Bergkamen 2014
Printed in Germany
ISBN 978-3-88515-257-6

Inhalt

I. Zusammenfassung in Thesen	4
II. Imperium EU: Elemente einer Analyse	
Einleitung: Politik, Macht und Geld	9
"Geldmengen"	
als unterschiedliche Definitionen von Geld	11
Die EU und das Geld	14
Der Ausgangspunkt	14
Imperium?	15
Das Programm: Alexandre Kojèves Entwurf	15
Ein deutsch-französisches Ko-Direktorat	16
„Optimaler Währungsraum“ und Euro	19
Von der Zoll- zur Währungsunion	24
Der „Werner-Plan“ und der Tindemans-Bericht	26
Die 1970er und 1980er:	
Der missglückte Probelauf und die neoliberale Wende	31
Der Delors-Plan	33
Der deutsche Streit um den Euro: Die Widersprüche des Hegemons	35
Die Eurozone: Zentrum und Peripherie	38
Die Revolution der Ansprüche und die Reaktion	38
Die Starken und die Schwachen	39
Die Struktur	43
Der Euro als Strategie der Dualisierung	45
Und der Außenhandel?	47

Die Funktionsweise der Euro-Bürokratie: die EZB	48
Technische Details	51
Die Folgen der Währungsunion	53
Der Euro – eine Wachstumsbremse	56
"Bankenunion"	57
ESM	59
„Europäisierung“	60
„Europäisches Semester“	62
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	65
Und die politischen Konsequenzen?	66
Der politische Widerstand:	
schwach – aber zunehmend?	68
Literatur	71
Über den Autor	74

I. Zusammenfassung in Thesen

(1) Die EU ist ein Imperium, ein post- und supra-nationaler bürokratischer Staat mit dem Ziel der Eindrittel-Gesellschaft. Als *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS - 1951) und *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG - 1957/58) entstand sie zuerst als partieller und dann verallgemeinerter regionaler superimperialistischer Pol zur Abwehr des damals für viele noch attraktiven Sowjetkommunismus. Nebenzweck war die Zähmung des nationaldeutschen Imperialismus. Die Politiker waren vorerst stärker am außenpolitischen und militärischen Aspekt interessiert (*Westeuropäische Union* - WEU). Die Zollunion war für sie ein Substitut – nicht unwichtig, aber nicht prioritär.

(2) Doch die EWG war von vorneherein be- und geladen mit den Ambitionen der Ideologen. *Alexandre Kojève*, der sich selbst den letzten (bürgerlichen) Theoretiker des Stalinismus nannte, sah sie als wesentlichen Schritt zum platonischen Imperium. Über Gesinnungsgenossen wie *Robert Marjolin* erhielten sie unmittelbar Einfluss auf die Zentralbürokratie. Sie bestimmten die Rhetorik, welche die Politiker nicht, sie selbst aber ganz und gar ernst nahmen.

(3) Die Zollunion war um 1970 erreicht. Ein Wandel des dominanten Charakters der EWG ließ allerdings noch warten: Er war erst möglich, als sich die Kräfteverhältnisse und Stimmungen weltweit verschoben. Die politische Klasse entdeckte die *Währungsunion* als Hauptvehikel ihrer Absichten. Einige Politiker sahen die Möglichkeiten einer Fundamentalpolitik ohne Kontrolle, sprangen auf und zogen die anderen mit. Die ersten Versuche in den 1970ern und 1980ern waren allerdings ein jämmerlicher Misserfolg.

(4) Mit dem *Paradigmenwechsel vom Politischen Keynesianismus zum Politischen Monetarismus* wurde die Währungsunion Hauptziel der EG-Politik. Dieser wirtschafts- und sozialpolitische Paradigmenwechsel wurde durch die neue weltpolitische Situation ermöglicht und ging in mehreren Schritten vor sich. Die „Süderweiterung“ (1981 – 1986) sowie der Zusammenbruch des Sowjetsystems und Maastricht waren die wichtigsten Etappen. Das Zerbröseln der Diktaturen

im Olivengürtel bot *die* Gelegenheit. Die Süderweiterung steckte die Claims des hoch entwickelten nordwestlichen Zentrums ab und stellte ein Experimentierfeld für die neue Politik der Disziplinierung durch das Zentrum. Der Zusammenbruch des „Realsozialismus“ führte zu einem „Ende der Geschichte“ nach konservativ-bürgerlichem Geschmack. Nun hatte man die Möglichkeit, die neue Politik der akzentuierten Ungleichheit und des übernational-bürokratischen Staats zu verwirklichen. Die Beuteareale im Osten waren einzusammeln.

(5) Insbesondere die Sozialdemokraten (Mitterrand/Delors, Brandt/Schmidt; im Rahmen ihrer Möglichkeiten Soares, Gonzalez, Vranitzky und Persson) wurden zu Janitscharen der neoliberalen Imperiums-Bildung. Der Keynesianismus – nicht doktrinär an *Keynes* geformt – war die europäische Nachkriegspolitik gewesen: Über einen inklusiven Sozialstaat hatte man die Unterschichten und die unteren Mittelschichten, die Hälfte der Bevölkerung, erfolgreich integriert. Dazu hatte man in den Markt interveniert und massive staatliche Mittel – auch auf Kredit – eingesetzt. Darauf verzichtete man nun langsam: Die marktfundamentalistische Politik des Monetarismus wurde zum Credo: der EG wie auch der ihr noch nicht angehörigen Wirtschaften.

(6) Durch die *Süderweiterung* hatte die EG eine *Zwei-Kreise-Struktur* angenommen, gegliedert in Zentrum und Peripherie. Was man in Südeuropa erfolgreich und noch mit einer gewissen Schonung durchexerziert hatte, wurde in den 1990ern mit aller Brutalität in der *Osterweiterung*, in Osteuropa wiederholt: Die Region wurde auf eine neue Weise zur „Zweiten Welt“. Eine neuerlich abgestufte Peripherie entstand. Am Anfang trug dies die Bevölkerung weitgehend mit, weil sie "zu Europa gehören" wollte.

(7) Gleichzeitig ging es um den Aufbau des nachnationalen bürokratischen Staats. Maastricht und in der Folge Lissabon als Ersatz für das "Zweite Rom" – die gescheiterte Verfassung – gaben den Institutionen ihren neuen Charakter. Die supranationale Staatsstruktur stellte einen Verwaltungsföderalismus dar. Der EuGH war stets die wichtigste zentralisierende Institution. Die Kommission wurde stärker verselbständigt. Mit dem Scheinparlament bot man den ideo-

logisierten Intellektuellen einen Bezugspunkt. Im wichtigsten Bereich, im wirtschaftspolitischen, wurde das *Europäische Währungsinstitut* (EWI) bzw. die *Europäische Zentralbank* (EZB) aufgebaut. Damit gab das bürokratische Zentrum die Politik vor. Entschieden wird in Brüssel, implementiert in der nationalen Peripherie. Dazu war die Währungsunion unerlässlich. Sie wurde zur Wachstums- und Wohlfahrtsbremse. Das war Einigen der Protagonisten bewusst. Man nahm es in Kauf. Die Frage ist schließlich: Wohlstand für wen?

(8) Die Einheitswährung brachte zuerst und eher unerwartet einen Schub für die Peripherie. Es war eine Blase. Die Finanzkrise ließ sie platzen. Mittlerweile ist der Euro Kern und Symbol des Ausbaus, noch mehr der Verteidigung des Imperiums EU. Gerade weil der Euro keine optimale Währungszone konstituiert, muss er erhalten werden. Daneben geht es natürlich um das von den Gläubiger-Banken eingeforderte Kleingeld.

(9) Die politische Klasse in Europa und die Brüsseler Bürokratie nutzen die Gelegenheit. In einer reaganistischen Taktik der Überrumpelung treiben die nationalen Regierungen (Christlichsoziale, Sozialdemokraten, Grüne, Liberale) die Entdemokratisierung des Kontinents einen mächtigen Schritt weiter. Das „europäische Semester“, die „Wirtschaftsregierung“, die "Bankenunion" und der ESM, der so genannte „Euro-Rettungsschirm“, sollen jene Politik unumkehrbar machen, welche zur derzeitigen Situation geführt hat.

(10) Es gibt jedoch keinen geschlossenen Block eines einheitlichen Kapitals und noch weniger der Handlungsträger in der Politik. Das harte Finanzkapital will schlicht „sein Geld“. Es ist dafür bereit, selbst einen Aufstand in Kauf zu nehmen. Derzeit überwiegt diese Tendenz, stärker noch in der Politik (EZB und Europäischer Rat) als in der Wirtschaft. Dort allerdings haben die Rating-Agenturen mit ihrer kompromisslosen Verteidigung der Banken das Sagen.

(11) Segmente der Eliten aber haben begriffen, dass diese Strategie illusorisch ist. Das sind zum einen die, welche selbst finanziell nicht engagiert sind. Zum anderen erfassen auch Teile der politischen Klasse, dass sie gefährdet sind: als Angriffsziel des aggressiven Finanzkapitals, aber auch seitens der „eigenen“ nationalen Wähler.

(12) Diese Situation ergibt Chancen für die Linke, die sie seit Jahrzehnten nicht hatte. Allerdings wird dies keine klassische linke Politik sein, sondern ein unorthodoxer Kampf ungewohnter Bündnispartner

(13) Die Reste der alten Linken in Europa sind verwirrt. Nicht wenige träumen von einer „neuen“ EU als übernationaler Chance ihrer Politik. Die trotzistische Phrase von den „Vereinigten Staaten von Europa“ gehört ebenso dazu wie die Gysi'sche Aussage: „Jetzt haben wir den Euro nun einmal, und nun müssen wir ihn retten!“ Sie haben ihren Leninismus bürgerlich gewendet. *Analytisch* liegen genau dort die Grenzen zwischen Linker und Sozialdemokratie: zwischen Befürwortung und „Rettung“ des Euro und einer neuen, alternativen Politik. Im politischen Alltag liegen die Dinge freilich komplizierter.

(14) Eine neue Linke muss den Staat neu reflektieren. Die EU-Bürokratie und die politischen Klassen nutzen eine antinationale Rhetorik. Sie verfolgen aber ein nationales Modell auf einer höheren Ebene. Für die Linke geht es einerseits um die Freiräume, die ein nationaler Staat im Vergleich zum Imperium bietet. Aber sie braucht auch Ideen für eine neue übernationale Ordnung jenseits der internationalistischen Phrasen. Eine Debatte über eine sinnvolle internationale Organisation ist überfällig.

(15) Die minimalen Chancen der Linken liegen im Versuch, den plebeisch-proletarischen Protest gegen das Imperium und seine Auswirkungen aufzugreifen. Über die zielführende *Taktik* lässt sich streiten.

II. Imperium EU: Elemente einer Analyse

Einleitung: Politik, Macht und Geld

Ökonomie wurde spätestens nach David Ricardo (1772 – 1823) stets als eine quasi-technische Disziplin betrachtet. Insbesondere als die Ingenieure (W. S. Jevons, Vilfredo Pareto, Leon Walras) die Wirtschaftstheorie übernahmen, wurde Wirtschaft zur *Mechanik*. Die Metapher, die für Struktur stehen sollte, wurde zum wörtlich verstandenen Begriff. Ihr Charakter als Sozialwissenschaft eines speziellen Handlungs-Systems ging verloren. Die „Österreicher“ (Carl Menger, Friedrich Wieser, Eugen Philippovich, Eugen Böhm-Bawerk; auch Emil Sax) lieferten die anthropologische Ideologie dazu: Abläufe und Funktionen entstehen als Resultante mikro-ökonomischen Verhaltens von Einzelnen und Unternehmen. Die „menschliche Natur“ mit ihren Neigungen und Gesetzen bringt ein bestimmtes Handeln aus Eigennutz hervor („rational choice“). Ökonomie wurde zur „Naturwissenschaft“ mit ewig gleichbleibendem Erkenntnisobjekt. Die ehemalige Bezeichnung für die Disziplin war *Politische Ökonomie*. Sie stammte aus der Tradition von *William Petty*, aus der Frage nach der richtigen und gerechten Steuer. Sie wurde mehr und mehr zum „misnomer“, zu einer ganz irreführenden Bezeichnung.

Dies trifft auch auf *Marx* zu. Der 1. Band des „Kapitals“ ist die logisch fehlerlose Darlegung eines allgemeinen Gleichgewichtssystems. Ricardo, und ihm folgend Marx, hat das kapitalistische System als Allgemeines Gleichgewichtssystem analysiert; und für die Neoklassik (insbesondere Walras) wurde dies zum Dogma schlechthin. Aber Kapitalismus ist gerade aus marxistischer Sicht *nie* ein „Gleichgewichtssystem“, kann es gar nicht sein. Damit stellt sich die Frage: Ist dieser Gleichgewichtsansatz nur eine verfehltete Methode? Ist er nicht doch auch ein Zugang zu einem Grundwiderspruch des Systems und vielleicht zur menschlichen Gesellschaft schlechthin? In diesem Fall wäre die theoretische Analyse ganz unvollständig, die nicht explizit nach diesem Widerspruch als *Nichtgleichgewichtssystem* fragt.

Der 2., schon von Engels editierte Band mit dem Kreislauf-Schema und der 3. Band mit der Transformationsproblematik, der Umwandlung von Werten in Preise, bringen technisch nicht mehr ganz fehlerlos essenzielle System-Untersuchungen. Aber wo bleibt die *politische Ökonomie*? Den Staat und politische Prozesse gibt es nur in den aus-

führlichen hochinteressanten historischen Passagen über die ursprüngliche Akkumulation. In der systematisch-analytischen Darstellung kommt er nicht vor.

Sicher: Marx konnte aus äußeren Gründen (Krankheit, etc.) das Werk nicht abschließen und sein ursprüngliches Konzept durcharbeiten. Im Brief an Lassalle vom 22. Febr 1858, MEW 29, 549 – 552 [551]) kündigte er das „4. Buch. Vom Staat“ an. Aber es gab auch inhaltliche Schwierigkeiten. Das geht aus mehreren Briefen von Marx und Engels Ende der 1870er hervor – der Staat passte nicht in die ricardianische Systematik.

Nirgendwo ist die Vernachlässigung der Politik fataler als beim Geld. Geld existiert als *politische Institution*, ist nur Geld, wenn es staatlich grundiert ist, auch wenn es dieser staatlichen Regulierung ständig zu entgehen versucht. Diese Bewegung hat die gesamte Geldgeschichte geprägt. Warengeld, Gold z. B., ist der kulturell fixierte allgemeine Wert und erst ein Schritt zum Geld. Nur als staatlich garantierter Anspruch auf Güter und Dienste und daher als weitgehend gesicherte Erwartung von Leistungen wird Geld zum Regelsystem der Wirtschaft. Wir müssen also zuerst seine politische Bedingtheit untersuchen, bevor wir die Chance haben, seinen Einsatz und seine Funktion zu verstehen. Die Banken-Regulierungen Basel I, II, III sind staatliche Versuche im Rahmen des globalen Systems, die Definitionsmacht über das Geld wieder zurück zu gewinnen, nachdem neue immer häufiger fiktive „Produkte“ von Banken die Grenze von Geld immer wieder verwischen. Der Versuch der Banken, Geld durch geldnahe Versprechungen zu ersetzen, ist ein Versuch, die Finanzmacht der politischen Macht zu entziehen oder gegenüber zu setzen. Den neuesten Versuch, die Regulierung zu umgehen, scheinen die „Schattenbanken“ zu bilden, die sich durch die (Selbst-) Ausgliederung von Wertpapier-Händlern („Investment-Banker“) aus den Großbanken ergeben. Auch das Pushen des bargeldlosen Bezahls im Alltag gehört hierher und erlaubt überdies mehr Kontrolle über die Menschen.

Schon Warengeld bildete einen Versuch, die politischen Verhältnisse zu überlisten. Es gibt einen wirklichen Wettlauf zwischen Staaten und privaten Spekulanten, Regulierung durchzusetzen bzw. zu vermeiden. Von der Tulpenkrise im Holland des 17. Jahrhunderts über John Laws Spekulationen in Frankreich ein Jahrhundert später bis zur Banken- und Finanzkrise 2008 sehen wir Erfolg und Scheitern solcher Versuche. Die Bürokratie tendiert stets dazu, die eigenen „rationalen“ Prinzipien zu verselbständigen. Sie betrachtet sich selbst als Nabel der Welt. Sie steht daher im Wettbewerb mit dem Finanzkapi-

tal, der sich oft zu einem *Kampf um die Macht* entwickelt, wo sie doch als politischer „Gesamtkapitalist“ dienen soll und will.

"Geldmengen" als unterschiedliche Definitionen von Geld

Es ist der *komplexe Charakter* von Geld, welches die gegenwärtigen Finanzprobleme erzeugt. Geld ist „makro-ökonomisch“ Regelungs- und Stellgröße der Wirtschaft; aber „mikro-ökonomisch“ ist es Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel und vor allem *Kapital*, d. h. „Ertragsobjekt“, Mittel zur primären Umverteilung im Anschluss an die Produktion. Während die *Euro-Problematik* eine Frage makro-ökonomischer Regelung eines inhomogenen Wirtschaftsgebiets darstellt, das kein „optimaler Währungsraum“ ist, wurde die *Euro-Krise* durch Reperkussionen „mikro-ökonomischen“ Charakters auf Spekulanten und das Verhalten der Banken auf der Suche nach Gewinn in der Finanzsphäre und nicht der Gütersphäre ausgelöst. Aber Banken sind nicht nur gewinnorientierte Unternehmen; sie sind auch Regelstellen des Systems. Dies wurde in der Phrase destilliert: „Too big to fail“. Der Euro versucht, zwei Wünsche gleichzeitig zu erfüllen: den Wunsch des Finanzkapitals nach Deregulierung; und den Wunsch der übernationalen Bürokratie, diesen deregulatorischen Prozess, den sie fördert, trotzdem unter Kontrolle zu halten.

Sehen wir uns die derzeit gültigen Geldmengen-Definitionen der EZB und ihre Größenordnungen an. Diese Definitionen sind nicht in Stein gemeißelt. Die Schweizerische Nationalbank definiert z.B. etwas anders, ebenso das Fed, die US-Nationalbank. Aber die Unterschiede sind geringfügig. Die Tabelle gibt selbst schon die Definitionen.

Tab. 1

Geldmengen und Gegenposten im Euroraum, in Mrd EUR		
<i>Quelle: nach ÖNB im Anschluss an EZB</i>	Jänner 2012	Dez. 2012
1. Bargeldumlauf	849,7	863,9
2. Täglich fällige Einlagen	3.974,1	4.246,1
M1 (1. + 2.)	4.823,7	5.110,0
3. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	1.856,0	1.801,8
4. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	1.965,1	2.080,6
M2 (M1 + 3. + 4.)	8.644,8	8.992,4
5. Einlagen aus Repo-Geschäften	431,8	x
6. Begebene Geldmarktfondsanteile	515,9	483,3
7. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren	208,4	183,2
M3 (M2 + 5. + 6. + 7.)	9.517,4	9.782,5

Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten der MFIs

Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	2.545,8	2.395,2
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs im Euroraum	114,7	106,1
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren	2.793,9	2.685,0
Kapital und Rücklagen	2.268,6	2.382,1
Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum		
Öffentliche Haushalte	3.202,8	3.406,0
Sonstige Nicht-MFIs	13308,9	13.059,4
Buchkredite	11.213,3	x
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	935,3	1.037,5

MFI: Monetäre Finanzinstitute, d. h. Banken im weiteren Sinn.

M1 ist die Geldmenge, die sofort mobilisiert werden kann. Dazu gehören die täglich fälligen Einlagen bei den Banken (= Sichtguthaben), die fast den gleichen Liquiditätsgrad wie Bargeld aufweisen (M1 Ende 2001: 2.222,7 Mrd. €; Ende 2012: 5.110,0). Das Bargeld selbst wird in den €-Mengen der EZB-Statistiken nicht einbezogen, hier in diesen Zahlen (von der OeNB) aber sehr wohl. Das Bargeld machte Ende 2001 234,2 Mrd. € aus, Ende 2012 863,9 Mrd. €.

M2 ist M1 plus eine Geldmenge, die kurzfristig mobilisiert werden kann. Dazu rechnen alle Spareinlagen (Kündigungsfrist bis zu drei Monaten), aber auch alle Terminguthaben, die für maximal 2 Jahre bei einer Bank gebunden sind. (M2 Ende 2001: 4.616,1 Mrd. €; Ende 2012: 8.992,4). M1 und M2 sind speziell für die Konjunkturbeobachtung von Bedeutung, weil sie kurzfristig reagieren.

M3 ist M2 plus eine Geldmenge, die ebenfalls kurzfristig mobilisiert werden kann, aber nicht nur bei Banken im engeren Sinne gehalten wird. Dazu rechnen dann auch Bausparkassen und Geldmarktfonds (Monetäre Finanzinstitute, MFI), weiters auch Geldmarktfondszertifikate, kurzlaufende Geldmarktpapiere, Repoverbindlichkeiten, Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren. (M3 Ende 2001: 5.403,5 Mrd. €; Ende 2012: 9.782,5).

Zum Vergleich für die Größenordnung: Im Jahr 2012 machte das BIP des €-Raums etwa 9,5 Billionen aus, also die Größenordnung der Geldmenge M3 und etwa das 12fache der Bargeldmenge. 2010 war der "Hebel" mit dem 13fachen noch höher gewesen. (Hier werden Bestands- mit Stromgrößen verglichen; aber es gibt einen gewissen Eindruck.)

Und hier brechen die Definitionen der EZB ab. Tatsächlich wissen wir, dass die Geldmenge M3 auch eine schlechte Steuerungsgröße ist, ähnlich wie vor zwei Jahrzehnten die Geldmenge M2. So kann man die unterschiedlichen Geldmengen auch als Phasen der Geldentwicklung lesen. Man müsste – und es ist versuchsweise bereits getan – eine Geldmenge **M4** definieren. Darüber hinaus wäre eine Geldmenge **M5** sinnvoll. Überlegen wir: Die ungeheuren Mengen an Geld, die täglich von Spekulanten um die Welt gejagt werden, sind als solche völlig fiktive Werte. So gibt die BIZ / BIS (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich / Bank for International Settlement) allein den täglichen Umsatz an den Devisenmärkten für einen Tag im April 2013 mit 5,3 Billionen US-\$ an (Die BIZ macht alle 3 Jahre eine solche Erhebung). Rechnet man das aufs Jahr um, wären das nahe an die 2.000 Billionen. Zum Vergleich: Laut Weltbank macht das Welt-BIP 2012, das gesamte Brutto-Jahresprodukt der Menschheit, etwa 75 Billionen aus, also nur 1/20 oder, je nach Schätzung, nur 1/26. Dazu kommen die anderen Geldmärkte sowie sonstiger Wertpapierhandel, der statistisch kaum erfassbar ist.

Diese Summen selbst haben wenig Bedeutung. Aber ihr oft winziger Saldo am Ende des Tags wird durchaus bedeutsam und muss unter Umständen beglichen werden. Das kann dann z. B. die alte Bank Barings schon zum Einsturz bringen (geschehen 1995). Hier hat also ein Saldo "realen" Geldwert, der sich aus zwei weitgehend fiktiven Komponenten ergibt. Wenn wir das Wort Geld verwenden, sprechen wir also über sehr unterschiedliche Erscheinungen, und dessen müssen wir uns bewusst sein. So ist der Ausdruck, in der Krise seien Billionen von Geld "vernichtet" worden, ökonomisch purer Unsinn. Aber aus der Sichtweise des Einzelnen haben Teilsummen realen Wert und können realisiert werden. Und das hat Bedeutung: Denn es beeinflusst das Handeln dieser Menschen.

Der FED gibt M2 als monetäre Zielgröße auf. Damit ist nach M1 die zweite monetäre Steuer- und Zielvariable gefallen. "Die historische Beziehung zwischen Geld und Einkommen und zwischen Geld und dem Preisniveau ist größtenteils zusammengebrochen" (Alan Greenspan). Die Geldmenge M2 muss fallen, weil die Gelder in Anlageformen umgelegt werden, die von der Geldstatistik nicht erfasst werden. Die Notenbank kontrolliert nur 20 % der Veränderung von M2. – NZZ, 6. August 1993: Die amerikanische Notenbank im Blindflug.

Die hochinteressante "Vollgeld-Initiative", die in der Schweiz eben vorbereitet wird und Geldschöpfung durch Privatbanken verhindern

will (NZZ, 7. Jänner 2014), leidet – soweit man derzeit erkennen kann – am mangelnden Verständnis dafür, dass Geld einfach abstrakter Wert ist und daher unterschiedliches Dasein annehmen kann. Geldmengen sind nur der Ausdruck verschiedener Formen dieses abstrakten Werts und seiner Liquidität.

Die EU und das Geld

Sich mit dem Euro und der Währungsunion auseinandersetzen heißt, die EU analysieren. Der Euro ist ein *politisches Projekt* der Imperiums-Bildung, das geradezu genial eine komplexe Strategie in einen Prozess zusammenfasste. Oft genug haben dies die Protagonisten selbst gesagt. Ihre schwülstigen Phrasen wurden aber nicht ernst genommen. Doch die Währungsunion kann nur als *mondiales politisches Projekt* verstanden werden. Debatten um Fragen des Optimalen Währungsgebiets (siehe unten!) sind zwar nicht unwesentlich, wohl aber sekundär. Im schlimmsten Fall dienen sie zur bewussten Ablenkung vom politischen Projekt des übernationalen Imperiums. Denn das Imperium ist die aktuelle Form des autoritären Etatismus (Poulantzas 1978; Kannakulam 2008).

Der Ausgangspunkt

Der moderne Staatsaufbau mündete in Europa in Nationalstaaten und nach dem Ersten Weltkrieg in parlamentarische Demokratien. Doch diese nationalen Demokratien – nach der bisherigen historischen Erfahrung bei aller Mangelhaftigkeit die einzige Form funktionierender politischer Partizipation in Großgesellschaften – waren von Anfang an ambivalente Strukturen. Dem entstehenden kapitalistischen Weltsystem setzten sie den Machtanspruch regionaler Gruppen und Kulturen gegenüber. Die Eliten fürchteten das allgemeine Wahlrecht als Instrument der Gegenmacht. So sahen sie sich nach Alternativen um und entdeckten diese in den faschistischen Parteien und Bewegungen. Die Unterschichten aber, insbesondere in den besiegten Staaten, wurden in ihren hochgespannten Erwartungen schnell enttäuscht. In einer atemberaubenden Wendung lief ein Teil von ihnen hinter der Trommel her, und das Fell für die Trommel lieferten sie selber.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Eliten klüger: Transformistische Staatsmacht ("Alles verändern, damit Alles bleibt wie es ist") erfordert die Integration der Unterschichten. Der europäische Sozial-

staat sollte den Arbeitern und der rasch wachsenden Dienstleistungsschicht eine gewisse Lebens-Sicherheit bieten. Er wurde zu einem Erfolg. Aber er kostete auch ("Kuznets-Kurve"): Denn damit wuchsen die Ansprüche dieser Schichten, und die waren die Eliten schließlich doch nicht mehr bereit, zu erfüllen. Die nationale Demokratie als politischer Rahmen war in der sich mondialisierenden Welt sowieso ein Widerspruch, ein Pfahl im Fleisch. Hier setzt unsere Problematik ein.

Imperium?

Imperium ist ein Begriff, der einer Klarstellung bedarf – war er doch als „Empire“ der Titel eines erfolgreichen Buchs (Hardt / Negri 2000). Aber *Imperium* war auch der Begriff, den *Alexandre Kojève* bereits 1945 verwendete, als er seine Vorstellungen von einer künftigen europäischen und insbesondere einer französischen Politik niederschrieb.

Das Programm: Alexandre Kojèves Entwurf

Kojève hatte sich in der Zwischenkriegszeit einen Ruf als Hegel-Kenner erworben und war 1945 Beamter im DREE (*Direction de la Recherche et des Études Économiques*) bzw. im Pariser Wirtschaftsministerium. Seinem Kreis gehörten höchst einflussreiche spätere Politiker und Funktionäre an, vom Delegationsleiter bei den EWG-Verhandlungen und späteren EWG-Kommissar (1958 – 1968) und Vizepräsidenten Robert Marjolin bis zum französischen Premier Raymond Barre, damals noch kleiner Beamter. *Kojèves* Imperiums-Konzept wurde zum realen Ziel der Politik. Wurde der Elitendenker Leo Strauss zum Ideologen der reaganistischen Strategen in den USA, so wurde *Kojève* zum Meisterdenker der Führungsgruppen in Frankreich und Brüssel.

Kojève also schrieb 1945 ein Programm für die französische Politik: "Esquisse d'une doctrine de la politique française" (Lucy 2007, 87 – 98). Die Ideen muten wie eine verstaubte Version eines "lateinischen" Pannationalismus *à la dixneuvième* an. Frankreich soll die zentrale Macht sein. Und doch ist seine Skizze jenseits dieser altmodischen Verkleidung höchst aktuell. Er konstatiert einen spontanen „historischen“ Automatismus zunehmender ökonomischer, sozialer und politischer Integration auf Weltebene. Unter Politikwissenschaftlern ist dies heute ganz unbestritten. Und nahezu ebenso unbestritten – eine Art TINA („There is no alternative“) von Politik und Ideologie – ist ihre Lösung: *Übernationale Integration und Globalisierung der Politik*. Dieses regionalisierte *Imperium* ist eine Übernation. Auch darin folgen ihm heute Politik und Ideologie. Wie Julien Benda in der Zwischenkriegszeit ist er, der

Mann der härtesten philosophischen Rechten¹, ein Bewunderer Stalins. Das bürokratische Imperium muss sich im innerimperialistischen Konkurrenzkampf gegen die USA durchsetzen.

Aber da ist *Deutschland*. Den Nachbarn sieht er erst an zweiter Stelle in seiner militärischen Potenz. In erster Linie ist er wirtschaftliche und politische Macht. Er will die zugleich gefürchtete und bewunderte Kraft des Nachbarn unter die politische Kontrolle der französischen bürokratischen und intellektuellen Eliten bekommen.

Das theoretische Programm des Imperiums wurde also unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert. Ab 1951 machte sich Robert Schuman unter dem Impetus von *Jean Monnet*, ebenfalls ein Bürokrat aus der Welt der Banken und Unternehmen, der sich nie einer Wahl zu stellen hatte, daran, das Programm mit bewundernswerter Zähigkeit und Geduld in Realität umzusetzen.

Ein deutsch-französisches Ko-Direktorat

Was ist also ein Imperium? Ich verstehe darunter das Ziel eines sozioökonomischen und politischen Prozesses, der

(1) den Staat als bürokratisches Herrschafts-Gebilde auf großregionaler, übernationaler Ebene aufbaut. Dieser Staat sucht seine Legitimität nicht mehr im Mythos der Volkssouveränität, sondern im *Mythos der universalen Rationalität und des Sachzwangs*.

(2) Gegenüber einer gleichzeitig staatsgläubigen und staats skeptischen Bevölkerung benennt man als Grundlage für das angebliche Hauptziel Wohlfahrt eine allgemeine Deregulierung der Kapitalaktivitäten und die Freizügigkeit des (Finanz- und Banken-) Kapitals

¹ Riley (1981) nennt *Kojève* einen Linkshegelianer und *Bloom* (1980) gar einen Marxisten. Das ist grotesk und sagt viel über die Begriffsverwirrung in der anglo-amerikanischen Welt aus. Aber nicht nur dort: Der SDS lud *Kojève* 1967 nach Berlin ein. *Kojève* bedankte sich auf ironische Weise. Er empfahl den SDS-Studenten, Altgriechisch zu lernen... - Barre in *Lucy* 2007, 58 : « Olivier Wormser [einer von *Kojèves* engsten Freunden] pense que Kojève était un homme de droite ... Un autre diplomate, François Valéry, le fils de Paul Valéry, qui a été représentant de la France à l'OCDE écrit : « S'il n'était pas un homme de droite, il n'était certainement pas un homme de gauche. » - Noch ein Wort zum Begriff Platonismus: Ich bezeichne als *politischen Platonismus* eine Geisteshaltung, welche die Herrschaft der Intellektuellen als selbstverständlich ansieht. Ob man die platonische Ideenlehre, sowieso nur mehr von historischem Interesse, akzeptiert oder nicht, ist ganz zweitrangig.

über die nationalen Grenzen hinweg. Die Freizügigkeit des Kapitals hat als Korrolar die Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Wesentliches Ziel ist die *Große Schere* in den Einkommen. Der Wohlstand des obersten Drittels soll wachsen; doch die unteren zwei Dritteln müssen ruhig gehalten werden. Letzteres heißt in der EU heute: Politik gegen Armut und Ausgrenzung.

Doch die europäische Gesellschaft hat unterschiedliche nationale Traditionen hervor gebracht. Die EU kann mit Fug und Recht als eine Kombination bezeichnet werden, in der sich zwei scheinbar konträre nationale Ideologien - Ideologien nationaler Eliten - ausgleichen und vereinigen. Es sind idealtypisch zwei Strategien im (post-) modernen Staatsaufbau und für die Gestaltung der Gegenwart.

Die *französische „republikanische“ Tradition* nationaldemokratischer Entwicklung baut auf der Idee einer rationalen Bürokratie auf. Sie soll von einer einheitlichen Nation legitimiert werden. Theoretisch von unten nach oben, von der Nation zum Staat orientiert, ist sie praktisch ein *top down* Modell, wie es nicht leicht eines noch gibt. Die rousseauistisch *façonné* und fetischistische Souveränität eines monolithischen Staats dient dazu, den neuen Philosophenkönigen, den Pariser Intellektuellen, die Herrschaft zu sichern. Die Bürokraten dort sehen sich ja durchaus als Intellektuelle. Dieser ideale Ausgangspunkt soll auch dem europäischen Imperium als Raster dienen.

Die *deutsche Ideologie* ist in mancher Weise strukturell realitätsnäher. Sie legte sich auf die eigentlichen Nutznießer, das (deutsche) Großkapital mit seinen globalen Ambitionen fest. Die „soziale Marktwirtschaft“ war nicht zuletzt eine Ideologie, welche nach dem Nazi-Terror dem Misstrauen der deutschen Mittelschichten gegenüber dem Staat entgegen kam. Sie hatten das Bedürfnis, den erdrückenden prussianischen Staat zurückzubauen. Die Ordo-Liberalen sprangen auf den Zug auf. Wie sehr dieses Bedürfnis auch in der sonstigen Bevölkerung verankert war, ist eine Frage - jedenfalls gewann die CDU damit Wahlen. Ludwig Erhardt wurde zum Gesicht dieser Strategie. Man konnte damit Politik für die Oberschichten machen und sie als Politik der Gegenmacht gegen den Staat verkaufen.

Der Zusammenbau dieser unterschiedlichen Kulturen ging nicht ohne Reibereien und Konflikte ab. Leute wie Robert Marjolin wollten vorerst auf den deutschen Marktfundamentalismus nicht einsteigen. Erst der Sozialdemokrat Delors sprang zwei Jahrzehnte später voll auf die neoliberale Politik auf. Die Franzosen, so sagte ein vermutlich deutscher Gesprächspartner (*Maes* 2004, Anm. 9), hätten zuerst den

Markt nicht wirklich begriffen. Der EWG-Kommissar der 1960er Jahre und spätere französische Ministerpräsident *Barre* nimmt den Vorwurf auf und wiederholt ihn (a.a.O., Anm. 10). Umgekehrt misstrauten viele Deutsche, nicht zuletzt Ludwig Erhard, den Franzosen. In der CDU gab es in den 1950ern und 1960ern den latenten Konflikt zwischen "Atlantikern" und "Europäern", letztere mehr nach Frankreich orientiert.

Es war kennzeichnend, dass sich die Franzosen mehr für die *Europäische Atomgemeinschaft* (EAG oder heute Euratom) als für die EWG interessierten. Das spricht für ihre Art der Wirtschaftsauffassung: Sie wollten politisch organisierte Spitzentechnologie. Es sagt auch was über Atomtechnologie und -wirtschaft. Aber das ist hier nicht das Thema und überdies recht dialektisch.

Soweit sich die EWG auf das Minimalprogramm von Freihandel und Zollunion beschränkte, war sie ein großer Erfolg. Darüber hinaus arbeiteten ihre Institutionen, in erster Linie der EuGH, im Schatten an einem stetigen langsamen Transfer von Staatsfunktionen und Staatsmacht in die Zentren nach Brüssel und Luxemburg. Nicht die letzte Unterstützung fanden sie dabei in einer politischen Rhetorik, welche die Übernationalisierung der Politik und die Globalisierung als Ziel der Geschichte hinstellte. Es war eine Art bürgerlicher Marxismus.

Die eigentlich imperiale Struktur wurde erst viel später ausgebaut. Die Aufnahme von Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986) bildet den Startpunkt. Die „Osterweiterung“ war die erste Krönung. „Externe Demokratieförderung“ lautete der EU-Jargon. Es war die Verpflichtung der osteuropäischen Staaten auf das dominante westliche Muster sowohl in der Wirtschaft wie in der Politik. Beides bedeutete eine völlige Abhängigkeit dieser Staaten. Das war natürlich gewollt. Die mechanische Übertragung westlicher Strukturen und Prozesse entspricht dem Geist der Bürokratie. Warum die alten und neuen Ost-Eliten darauf einstiegen, bedarf einer Erklärung. Es war eine Mischung von Identitätsfragen („Wir wollen zu Europa gehören“) und naiv erwarteten pekuniären Vorteilen, den Agrar- und Regionalsubventionen. Überdies spielte wohl auch die „griechische“ Erwartung mit, nach dem Muster: Wenn wir einmal drinnen sind, wird es schon nicht so heiß gegessen wie gekocht. Trotzdem ist es einigermaßen erstaunlich. Immerhin verfolgte die EU offen eine Politik des Eliten-Wechsels. Die „sozialdemokratische“ rumänische Regierung hätte sich sagen können, was ihr blühte. Allerdings waren es vor allem ihre Gegner, welche besonders auf den EU-Anschluss drängten. In der Ukraine wiederholt sich dieses Spiel gegenwärtig

(Dezember 2013): Sie soll sich zwischen zwei Abhängigkeiten entscheiden. Die Westukrainer drängen mehrheitlich in die EU.

Die EU-Bürokratie sah die Probleme mit den neuen Mitgliedern und ihrer vielfach nur zögerlichen Unterwerfung. Sie verließ sich, wahrscheinlich zu Recht, auf die Kraft des Faktischen und ihre neo-stalinistische Struktur: Brüssel hat, z. B. über den EuGH, die Möglichkeit, die nationalen Regierungen zu übergehen und direkt in die politischen Prozesse der Mitglieds-Staaten einzugreifen. Sollte die leninistische Strategie (Zerschlagung des alten Staatsapparats) nicht greifen, so würde eben der Neostalinismus mit direkten Eingriffen arbeiten.

„Optimaler Währungsraum“ und Euro

Geld, Münzen nämlich, wurden erstmals um 630 v.u.Z. in Lydien und bald danach von einer Reihe ionischer Poleis geprägt. Sie waren aus Elektron, einem Gold-Silber-Gemisch. Als Tauschmittel und als Wert-Standard waren sie für den Alltag und die Wirtschaft weitgehend unbrauchbar. Der Feingehalt und daher der Wert waren unsicher; für den regulären Tausch waren sie viel zu groß. Sie waren also ein ökonomisch schlecht praktikables Medium. Wozu waren sie aber dann gut? Sie hatten erstrangig eine *politische* Bedeutung. Kroisos und sodann die altgriechischen Eliten wollten demonstrieren: Wir sind ein Staat. Wir haben die Macht, über Ressourcenflüsse zu entscheiden.

Das kommt ziemlich bekannt vor, nicht?

Die EWG war in der konkreten Politik als vollendete Zollunion konzipiert. Zwar wurde die Währungsunion von Anfang an debattiert und von Einigen auch propagiert. Robert *Triffin* war hochgeschätzter und -bezahlter Berater der Kommission und vor allem Robert Marjolin. Er meinte, die Währung spiele *wirtschaftlich* ohnehin keine so große Rolle, der politische Aspekt sei viel wichtiger – erstaunlich für einen Ökonomen. Man hat deswegen sein Buch aus dieser Zeit (*Triffin* 1957) „an extended policy paper“ genannt (in einer Besprechung 1958). Denn schon damals ging es ihm um die Frage der Souveränität. Aber eine gemeinsame Währung war vorerst kein Ziel der Mitgliedsstaaten.

Die EWG bildete schon damals als bescheidene Sechser-Gruppe keinen optimalen Währungsraum. Erst recht gilt dies für die Euro-Zone heute. Soviel hat sich mittlerweile herum gesprochen, vor allem bei liberal-konservativen Ökonomen. Man denke an die AfD in der BRD

2013. Nach der „Eurokrise“ kann man das in vielen Zeitung lesen.

Was ist dies eigentlich – ein „optimaler Währungsraum“ (*Optimal Currency Area*; OCA)? Der Begriff des ist nicht zufällig mit der politischen Tendenz hin zur Einheitswährung entstanden (Mundell 1961, 1973, auch 1997). Er handelt das Problem der unterschiedlichen Produktivitäts-Entwicklung am Indikator, man müsste fast sagen: am Fetisch der Inflationsrate ab. Ausgangspunkt ist die Beobachtung: Selbst in großen Wirtschaftsgebieten, wie etwa den USA, wären jeweils eigene Währungen für diverse Regionen günstiger. Denn es gibt unterschiedliche regionale Inflation. Die Inflation stellt im Vergleich die unterschiedliche Produktivitäts-Entwicklung dar, aber als Kehrwert. Gebiete mit höherer Inflation hinken in der Produktivität nach. Aber wenn man jedes Gebiet unterschiedlicher Inflation mit einer eigenen Währung versorgt, dann steigen im Handel die Transaktionskosten. Man "optimiert" daher und versucht erträglich große Währungsgebiete mit einigermaßen geringen Inflationsunterschieden zu schaffen. Das ist dann eine "optimale Währungszone".

Dazu gibt es Einiges zu sagen.

Warum die *Inflation* und nicht direkt die Produktivität bzw. deren Entwicklung? Offenbar um den Konnex zum Monetarismus zu wahren. Denn an der Erhebung kann es nicht liegen. Auch regionale Inflationsraten müssen erhoben werden und sind nur Indikatoren, vergrößerte Indikatoren. Denn die Produktivität kann sich aus zwei sehr unterschiedlichen Gründen differenziell entwickeln. Die einzelwirtschaftliche Seite, an die man gewöhnlich denkt, gewissermaßen der betriebswirtschaftliche Aspekt, bildet die Produktivität in der Herstellung einer Ware ab. Mit einer Arbeitsstunde lässt sich in einem Betrieb im Jahr 2000 eine Tonne herstellen, und im Jahr 2012 schon zwei Tonnen. Aber die *gesamtwirtschaftliche* Produktivität in den Zentren steigt vor allem, weil sich die Zusammensetzung der Produktion ändert. Die Produktion von Waren geringer Profitabilität und daher geringer "Produktivität" wird aufgegeben und damit steigt die Produktivität, ohne dass notwendig die physische Produktivität bei den anderen Waren steigt. Oder aber, sie wird beibehalten, weil sich ein Kleinunternehmer sagt: Ich kann ganz komfortabel leben, ich muss keinen größeren Gewinn machen. Und wenn es wirklich nicht weiter geht, dann gehe ich in den Ruhestand. Ähnliche Prozesse können gerade in Boom-Phasen oder bei Blasen eine Zeitlang funktionieren, und das scheint im Olivengürtel passiert zu sein. Mit einer eigenen Währung lassen sich die gesamtwirtschaftlichen Folgen (Arbeitslo-

sigkeit infolge geringerer außenwirtschaftlicher Wettbewerbs-Fähigkeit, etc.) abfangen und Zeit für die Anpassung gewinnen.

Es ist typisch für Ökonomen, dass sie die *politischen Rahmenbedingungen* vernachlässigten. Man verweist in der Tagespolitik gern auf die USA mit ihrer Währung und den großen regionalen Unterschieden. Technokratisch gedacht ist die Überlegung richtig: Wenn eine Währung die Entwicklung eines Gebiets von mehreren Staaten behindern kann, warum nicht auch die innerhalb eines Staats? Der feine Unterschied besteht:

1) *Wie groß ist der Nationalstaat?* Zwischen den USA einerseits und Belgien/Luxemburg ist doch wohl ein Unterschied gegeben.

2) *Wie homogen ist der Wirtschaftsraum?* Das Problem Italiens seit 1870 ebenso wie das der neuen BRD besteht hauptsächlich in den riesigen Unterschieden zwischen Nord und Süd bzw. zwischen West und Ost. Die lassen sich auch nicht allein auf quantitative Unterschiede (BIP p.c.) reduzieren: Es sind und waren Struktur-Unterschiede. Und was die USA betrifft: Die gemeinsame Währung, der Dollar, behindert die Entwicklung der schwächeren Staaten massiv, selbst bei wesentlich höherer Mobilität der Arbeitskräfte, oder sollte man eher sagen: wegen dieser Mobilität?

3) Die „Güterabwägung“ zwischen den politischen Folgen (Vorteilen?) einer nationalen Einheitswährung und den wirtschaftlichen (Nachteilen? Vorteilen?) muss stets auch mit Blick auf die sonstigen Politiken gesehen werden.

Kleine Länder bzw. Wirtschaften haben, wie jeder weiß, eine wesentlich höhere Außenhandelsquote als große. Es gibt unter dieser Perspektive offenbar einen „optimalen Wirtschaftsraum“ der Integration. Teils aus technologischen Gründen (Skalenerträge), mehr noch aus Gründen der Marktmacht (denn Bier z. B. hat technologisch keine Skalenerträge jenseits einer geringen Größe) steigt dieser optimale Umfang, gemessen in Produktionsleistung (BIP). Allerdings dürfte dieses Wachsen nicht so besonders stark sein, und der Umfang selbst dürfte auch nicht überaus hoch sein. Vor zwei Jahrzehnten ergab eine Untersuchung (Rose 1991; weiters Dean / Sebastia-Bariel 2004 und Irwin 2002), dass der Anteil des Außenhandels bei kleinen Wirtschaften durchaus aus strukturellen Gründen wächst – man muss sich spezialisieren und daher entsteht mehr Handel. Bei großen Ländern hingegen waren diese Faktoren nicht zu beobachten. Andere Überlegungen (Frankel / Stein / Wei 1995) deuten in dieselbe Richtung, sind aber derart ideologisch und simplifiziert abstrakt gehalten, dass man sie als Argument nicht wirklich heran ziehen kann. Was aber in der umfangreichen Literatur zu den Gründen für das schnelle Wachstum des Welthandels ganz klar herauskommt, ist: Die bishe-

rigen theoretischen Ansätze, ob *Ricardo's* komparative Kosten oder *Heckscher / Ohlin's* unterschiedliche Faktorproportionen sind reine Gehirn-Konstruktionen und tragen nichts zur Erklärung bei. Bleibt man bei der fetischistischen Terminologie von Ökonomen, sind es „exogene“ politische Gründe, welche den Außenhandel pushen. Unter den „wirtschaftlichen“ Variablen stellt vor allem das materielle Lebensniveau (also das BIP p.c.) eine erklärende Variable dar.

Die OCA-These hat also zwei Gesichter. Gegenwärtig ist sie hauptsächlich ein Argument des Neoliberalismus und des Konservatismus gegen die Politik. Sie drückt den Marktfundamentalismus der ökonomischen Dogmatiker aus: Man darf nicht in den Markt eingreifen, indem man politisch bestimmte Wechselkurse bzw. eine Einheitswährung durchsetzt. Das sollte uns außerordentlich hellhörig machen! Der optimale Währungsraum als These und Politik stellt den Markt beherrschend über die Politik.

Andererseits dürfen wir nicht am richtigen Kern vorbei gehen. Das zweite Gesicht zeigt die Einheitswährung in einem höchst inhomogenen Wirtschaftsgebiet als echtes Hindernis der Entwicklung. Bei der Politik der ausschließlichen Marktorientierung in einer finanzierten Welt gibt es zwei Alternativen: Entweder bilden sich Zonen vergleichbarer Produktivität als autonome Währungszonen aus; oder aber, es baut sich politisch eine eindeutige Zentrum-Peripherie-Struktur auf, wo im Zentrum die qualifizierten Jobs und die hohen Einkommen konzentriert und in den Peripherien die Niedrig-Lohn-Sektoren dominant sind. Die Einheitswährung ist einerseits Realitätsverweigerung. Andererseits wurde sie zur brutalen Umverteilungspolitik nach oben. Das war gewollt, verkleidete sich aber als Unwissen um die Wirkung der eigenen Politik.

Ökonomen sind die Gurus der heutigen Politik. Sie haben auf sie immensen Einfluss. Umso stärker ist man verlüffelt und verstört, wenn man ihre Beiträge zur Frage des Gelds und der Währung liest. Die stellen sich oft als reine Scholastik heraus.

Mit völlig inhaltleeren – „abstrakt“ oder „verallgemeinert“ wäre zu schmeichelhaft – Begriffen wie „Symmetrie“, „Flexibilität“ und „Integration“, verewaltigt man ein hochkomplexes Thema; zeichnet sogar Graphiken und gibt damit vor, exakt zu arbeiten (vgl. *de Grauwe* 2006, Graphiken 1,2,4, 5,6,8 – dabei ist der noch ein aufgeweckterer Beobachter!). Der Realität gegenüber ist die Haltung die *Hegels*: „Umso schlimmer für die Wirklichkeit!“ *Keynes* bemerkt einmal zu *Ricardo* mit einer Mischung aus Bewunderung und Ironie (1936, 192): Er habe jene „höchste intellektuelle Leistung erbracht, unerreichbar für schwächere Geister, eine hypothetische Welt fern der Erfahrung auf-

zubauen und kohärent in ihr zu leben“. *Keynes* realisiert nicht, dass er in einen Spiegel blickt und über die Wirtschaftstheorie insgesamt spricht ...

Ökonomisch lässt sich eine europäische Währungsunion *nicht* begründen. Wir sollten *Mondialisierung* als strukturbedingte Systembildung auf Weltebene sehen, als Entwicklung eines Weltsystems. *Globalisierung* dagegen ist die politisch vorangetriebene Imperien-Bildung. *Mondialisierung* ist eine reale Tendenz seit gut zwei Jahrhunderten; aber die faktische Entwicklung ist gegenwärtig davon nur zum Teil abhängig.

Die EU hat die optimale *ökonomische* Größenordnung in vielen Bereichen überschritten. Dabei verstehe ich unter optimal das Ziel der Wohlstandsentwicklung für Alle unter der Bedingung demokratischer Partizipation. Der Wendepunkt war die Süderweiterung in den 1980ern. Seit einem Vierteljahrhundert lässt sich die systematisch betriebene Vergrößerung – zumal um große Staaten – *ökonomisch* mit Wohlstand nicht mehr argumentieren. Diese Art von Integration bringt *Wohlstandsverluste* für eine große Mehrheit – sicher nicht für das Finanzkapital und seine Nutznießer, z. B. die Generaldirektoren.

Aber auch die Bürokratie funktioniert in diesem heterogenen Gebilde keineswegs gut. Kennzeichnend für die bürokratische Herrschaft und Kontrolle im Rahmen der EU ist, wie sie ihre Entscheidungen zu implementieren versucht. Das läuft über weitgehend inhaltsleere Kennzahlen. Das berüchtigste Beispiel sind die sogenannten „Maas-tricht-Kriterien“, nämlich die allein übrig gebliebenen Fiskalkriterien. Warum gerade 3 % Netto-Defizit, und warum gerade 60 % Staats-schuld? Das wird heute niemand mehr ernsthaft erklären können. Tatsächlich war es ein Zufalls-Durchschnitt aus der Zeit der Planung in den 1990ern. Doch dies passiert auf allen Gebieten, von der Kindergarten-Quote („Barcelona-Ziel“) über Forschungs- und Hochschul-Quoten bis zu weiblichen Erwerbsquoten. Von der Journalistik und von Teilen der nationalen Bürokratien wird dies mit Begeisterung aufgenommen. Es ist auch nahezu die einzige Möglichkeit, in diesem so heterogenen Raum die Ziele von oben her in den Griff zu bekommen. Der Sinn solcher Politik wäre in manchen Bereichen durchaus vorhanden: Erhöhung der Frauenbeschäftigung, bessere Versorgung mit Kinderbetreuungs-Einrichtungen. Er verflüchtigt sich bei einem solchen Vorgehen. ...

Von der Zoll- zur Währungsunion

Der Euro ist zwar eine regionale Währung. Aber sie wurde von den Zentralbanken und den von ihnen beeinflussten Formulierungen (die Leute der Zentralbanken saßen natürlich in allen den Kommissionen, die sich mit dem Thema beschäftigten) stets als internationale, als globale Strategie gesehen.

Im Art. 110 des EWG-Vertrags von 1957 liest man: „Durch die Schaffung einer Zollunion beabsichtigen die Mitgliedsstaaten, im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, der schrittweisen Beseitigung im internationalen Handelsverkehr ... beizutragen.“ Erst im zweiten Satz nach dieser Zielbestimmung werden die „günstigen Auswirkungen ... auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ der Mitgliedsstaaten angeführt. Das abstrakte Ziel ist also global. Es soll mit der EWG als einer regionalisierten Organisation der Politik erreicht werden.

Sicherlich sind diese Konservativen zum erheblichen Teil ihren Traumbüchern verfallene Ideologen. Sie nehmen ihre hochabstrakten Modelle ernst. Aber es gibt eine zweite Strömung. Sie vertritt nüchtern die Interessen einer bestimmten Schicht. Diese Gruppe ist derzeit gespalten. Ein Teil möchte am liebsten den einheitlichen Währungsraum nicht sosehr aufgeben, als vielmehr verkleinern. Die anderen halten aber politisch Kurs. Sie lassen sich durch Kleinigkeiten wie die Krise, die Griechenland und Portugal (Irland ist ein wenig anders) zerstört, nicht beirren.

Die Währungsunion war von Anfang an Ziel der EWG-Kommission. Die Art. 105 - 109 EWGV legen zwar nur eine Koordinierung der Währungspolitik fest; dies war eigentlich selbstverständlich. Während allerdings die gewählten Politiker, die *Oberflächenpolitik*, eine Währungseinheit im Wesentlichen als Dekor für Sonntagsreden benutzten, versuchte die wichtigere zweite Kategorie der Politiker, die *Brüsseler Bürokraten*, von Anfang weg konkrete Schritte darauf hin zu tun. Bereits im *Aktionsprogramm für die zweite Stufe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) (1962 - 1965) vom 24./29. Oktober 1962* schlug Walter Hallstein, getrieben von Robert Marjolin, damals Vizepräsident der Kommission, eine Währungsunion als kürzerfristiges Ziel vor. Er stieß auf entschiedenen Widerstand nicht nur De Gaulles, sondern auch Ludwig Erhards. Hallstein war Politiker genug, die Idee vorerst fallen zu lassen. Erhard traute den Franzosen nicht: Er wollte den deutschen Weg mit der „Unabhängigkeit“ der Bundesbank oder keinen, auf keinem Fall aber irgendeine Planung.

Diese Unabhängigkeit der Zentralbanken nach deutschem Muster ist

die Unabhängigkeit einer machtvollen *Finanzbürokratie* von parlamentarisch-demokratischen Entscheidungs- bzw. Kontrollstrukturen. Der wichtigste Politikbereich ist damit jedem Einfluss seitens der Bevölkerung durch Wahlen entzogen. Nur eine Personalentscheidung, der Bundesbank-Präsident bzw. in der Schweiz und Österreich der Nationalbankpräsident, bleibt. Eine solche Unabhängigkeit ist in einem demokratischen Gemeinwesen ein Skandal. Es sagt Einiges über die Qualität der Demokratie in der BRD und Österreich. Die EZB hat diese Charakteristik in eine neue Qualität gehoben: Sie ist nicht nur unabhängig von jeder Kontrolle. Sie hält sich schlicht nicht an das EU-Recht und ihre eigenen Statuten. Und das Euro-Kartell aus Kommission, Regierungen, Parlament und EuGH unterstützt sie.

Ob man die deutsch-preußische Art, mit Klagen vor Gerichten Politik machen zu wollen, für zielführend halten soll, ist nicht nur eine Frage des Erfolgs, sondern auch des Grundsatzes. Man vgl. die Klage des M. C. Kerber gegen Trichet; *Die Welt*, 26. September 2011, auch *NZZ*, 1. Nov. 2011: M. C. Kerber, Trichet vor Gericht. - In diesem Artikel ist die Rede von „Selbstermächtigung der EZB... Frage der Rechtsbindung der EZB... Die Vergemeinschaftung der Währungspolitik hat den Bürgern der EWU den nationalen Adressaten für Proteste gegen die Geldpolitik genommen.“ - Mit Gerichtsentscheidungen kontrolliert und stützt in der Regel *eine* Bürokratie, der EuGH, noch viel unangreifbarer, eine *andere*, die EZB. Das aus rechtlicher Sicht skandalöse Erkenntnis von Ende November 2012 rechtfertigt mit ganz widersprüchlichen Begründungen, offenbar von unterschiedlichen Referenten geschrieben und nicht harmonisiert, die Staatsfinanzierung seitens der EZB. Der EuGH ist einer der Hauptbetreiber der EU-Zentralisierung.

Damit ist jede Kontrolle, die national zwar schwierig, aber noch möglich wäre (Verfassungs-Klage), unmöglich geworden. Nicht nur der letzte Rest an demokratischem Einfluss in der Geld- und Wirtschaftspolitik geht verloren, sondern auch *die rechtsstaatliche Qualität*. Der Charakter der Bürokratie als Herrschaftssystem erreicht eine neue Dimension.

Bürokratie bedeutet *nicht* Übermaß an Beamten. Darum ist jeder Verweis auf die „vielen Brüsseler Beamte“ bei Haller 2008 (z. B.) kontraproduktiv. Es ist kein Zufall, dass die seinerzeitige Sowjetunion in dieser Hinsicht eher „unterverwaltet“ war. Und doch wurde sie zu Recht als Bürokratischer Kollektivismus gekennzeichnet (Carlo 1972 - „Nomenklatura“ nannte es Voslensky 1980). Bürokratie heißt eine bestimmte „rationale“ (formale) Funktionsweise *ohne Legitimierung durch Rückbindung an parlamentarische oder sonstige externe Kontrollprozesse*. In diesem Sinn ist auch das *Europäische Parlament* Teil der Bürokratie und nicht der irgendwie dem Volk verantwortlichen Politik. Denn diese Abgeordneten sind in keiner Weise am Elektorat orientiert. Eine Kontrolle, und nicht die geringste, stellt im nationalen Kontext die häufige

Befassung von nationalen Politikern mit Einzelanliegen und -beschwerden dar. Das wird gern als Klientelismus verteufelt. Elemente des Klientelismus sind sicher vorhanden. Aber es ist auch eine direkte Wahrnehmung von Politik, wie sie sonst fehlt; eine spezielle Form von Repräsentation. Eine solche Einflussnahme gibt es allerdings im EP sehr wohl – von Lobbyisten und auch durch direkte Korruption ("Fall Strasser" des ehemaligen österreichischen Innenministers, etc.). – Ich finde folgende amüsante Passage in einer österreichischen Zeitung (*Standard*, 3./4. Dezember 2011: *Föderl-Schmidt*): „Es ist viel zu wenig bekannt, dass die Vorgänge im EU-Parlament transparenter sind, als in den nationalen Parlamenten.“ Es ist also viel zu wenig bekannt, dass es bekannt ist ...

Nach dem ersten Misserfolg der Kommission Anfang der 1960er hinsichtlich Einheitswährung war ihr nächster Anlauf bescheidener und wenig konkret. Das *Barre-Memorandum* (Memorandum über die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die Zusammenarbeit in Währungsfragen innerhalb der Gemeinschaft vom 12. Feber 1969) ist hauptsächlich seines Stils und seiner Argumentation wegen von Bedeutung. Das Memorandum versucht Druck zu machen: Wir müssen unmittelbar handeln, „vertiefen“, d. h. die Bürokratie stärken und zentrale Vorgaben machen. Ansonsten fällt „die Gemeinschaft“ auseinander.

Dies wird zum Mantra bis in die Gegenwart, stets wiederholt, von quasi-religiöser Gewissheit und daher auch nicht begründet. Die einzig konkrete Maßnahme, die wirklich vorgeschlagen wird, ist ein „Mechanismus“: Kurzfristiger Zahlungsbilanzbeistand soll von jedem Land „auf bloße Anforderung“ in Anspruch genommen werden können, allerdings nur 3 Monate. Es gilt – so das Memorandum diplomatisch verhüllt – , Maßnahmen zu verhindern, wie sie sich 1968 / 69 gerade abzeichneten: Die französische Regierung hat mit Erfolg die Arbeiter-Teilnahme am Mai 1968 mit Lohnerhöhungen unterlaufen. Nun sah sie sich vor außenwirtschaftlichen Problemen: Sie wird in Kürze (1969) den Franc abwerten. – Das Barre-Memorandum scheint also ein reiner Misserfolg zu werden. Aber das ist teilweise eine Täuschung.

Der „Werner-Plan“ und der Tindemans-Bericht

Die Bürokraten warteten einen günstigeren Augenblick ab. Er kam mit der Pfundabwertung 1967 und in der Folge mit den Problemen des US-Dollars. Der Goldstandard in der Form der fixen Wechselkurse des Bretton Woods-Systems geriet in die Krise. Dazu gesellte sich die unverschämte Art, wie die USA ihre Stellung einsetzten, um

die Rüstung (Vietnam!) zu finanzieren. Der luxemburgische Ministerpräsident Pierre Werner wurde 1969/1970 von der Konferenz der Staatschefs bzw. vom Rat beauftragt, den Plan einer Währungsunion zu entwerfen (*Werner-Bericht* 1970). Ziel war eine „vollständigen Wirtschafts- und Währungsunion“. Vergessen darf man nie, dass hier die *EWG-6* spricht, also der relativ homogene Kern, keineswegs die heutige Eurozone!

Angenehm ist die Arbeit einer Analyse und Dekonstruktion solcher Dokumente nicht: Die offiziellen Papiere der EU / EG / EWG scheinen auf dem ersten Blick ausschließlich aus Jargon zu bestehen. Man muss einigen Aufwand treiben, um diesen Jargon verständlich zu machen. Unangenehmer, aber irgendwie schon wieder verständlicher Weise übernahmen fast alle, die sich mit der EU fachlich auseinander setzen, diesen Zug. Die Bücher, Artikel und Berichte sind in einer Weise mit EU-Jargon überladen, dass man sich oft nach dem Nutzen fragt. Dazu kommt bei jenen mit einem theoretischen Anspruch noch ein ganz eigener Jargon. Er vertreibt das letzte Interesse und das letzte Verständnis dafür – spätmittelalterliche Scholastik stellt dagegen ein Muster an Klarheit dar (ein kennzeichnendes Beispiel *Knodt / Corcaci* 2012). Da der größere Teil von Gefolgsleuten dieses Systems geschrieben wurde, kann natürlich von einer Dekonstruktion keine Rede sein. – Trotzdem: Der Werner-Bericht ist wert, etwas detaillierter besprochen zu werden.

Er ist der Plan für ein zentralisiertes Wirtschafts-Direktorat, besser: ein *Wirtschaftspolitisches Direktorat*. Im Gegensatz zur Oberflächenpolitik ist die Bürokratie langfristig orientiert. Sie greift bei ihrem Vorgehen immer wieder auf ältere Entwürfe zurück. In der EU ist dies ausgeprägt. Heute ist der eine zentrale Teil des Werner-Plans verwirklicht, die Währungsunion. Der andere, das Wirtschaftspolitische Direktorat, blieb als Institution unvollständig. Die Kommission griff 2011 auf den Wernerplan zurück. Sie kontrolliert künftig die nationalen Budgets schon bei der Erstellung. Sie nimmt also jenen Kernablauf demokratischer Prozesse in die Hand, an dem sich der Parlamentarismus als Politik (*policy*) entwickelt hat (die andere Schiene war die Bestellung der Regierung).

Das Verständnis hängt nicht zuletzt am Stil. Der heutige „EU/EG-Stil“ ist voll entwickelt. Die Sprache ist der Diplomatie entlehnt, aber adaptiert für bürokratische Vorgänge und Verantwortlichkeiten gegenüber Aufträgen jeweils höherer Instanzen. Im Vergleich zu später wird verhältnismäßig offen gesprochen. Doch man muss sich die Code-Worte klar machen. In der einleitenden Diagnose kommt als negatives Code-Wort vor allem *dis-equilibrium* („wirtschaftliche Ungleichgewichte“) vor. Es ist ein diffuser Begriff, unter dem mehrere Aussagen verknüpft sind: (1) Die EWG funktioniert für die Nutznießer (also z. B. das deutsche Großkapital) noch nicht völlig zufrieden stellend. Die *Zollunion*, das Hauptanliegen der BRD läuft. – (2) Aber Frankreich und Italien haben Grund zur Beschwerde. Sie gerieten ins Hintertreffen. Die *Transferunion* in der Form der *Gemeinsamen Agrarpolitik*, heute

stärker als *Regionalpolitik*, war das Anliegen der Franzosen und Italiener. Doch sie war kein echter Ersatz für mangelnden industriellen und Finanz-Erfolg.

Dem „Ungleichgewicht“ setzt man Gleichgewicht und *Harmonisierung* entgegen. Letzteres ist auch ein technischer Begriff, der so etwas wie einen Verwaltungsföderalismus auf EWG bedeutet – Brüssel gibt vor, aber noch administrieren die Mitgliedsländer. Der Stil ist sonst einfach zu interpretieren: Es geht um die *Kontrolle der Wirtschaftspolitik* – da wird nicht viel herumgeredet. Die Zollunion hat zu einem gewissen Kontrollverlust geführt. Außerdem entziehen sich die Nationalstaaten den „Empfehlungen ... in ganz allgemeiner Form“ oft genug durch „Austrittsklauseln“. Es gilt also, eine massive und irreversible – das Wort kommt oft vor – Zentralisierung durchzusetzen. Ein Mittel dazu ist eine zentrale Budget-Politik mit einer „vollständigen Unterdrückung von fiskalischen Grenzen“ (Festlegung von indirekten und direkten Steuern in engen Grenzen. Kontrolle der Haushaltsbeschlussfassung) durch den Rat. Das steht gegenwärtig wieder auf dem Programm, jetzt aber durch die *Kommission*, durch eine demokratisch völlig unverantwortliche Institution.

Das andere Mittel ist die Währungsunion. Mehrfach genanntes Vorbild ist das Federal Reserve System. Wesentlich ist: Die EWG war zu diesem Zeitpunkt ein bürokratisches Projekt im Dienst des Groß- und Finanzkapitals. Das deutsche Kapital erwies sich als stärker als das französische, nicht zuletzt, weil in Frankreich die Gewerkschaften weniger unter Kontrolle waren. Also wollte die Bürokratie auf eine dialektische Weise eingreifen, dialektisch, weil die „Befreiung“ – auch dieses Wort kommt öfter vor – der Kapitalbewegungen das eigentliche Ziel war, ohne regionale oder strukturelle „Verzerrungen“ (*distortions*). Verzerrung ist alles, was die Machtverhältnisse zwischen den nationalen Gesamtkapitalien politisch beeinflussen will. Aus dem bürokratischen Projekt wurde zwei Jahrzehnte später ein neoliberales. Eingebetteter Liberalismus (*embedded neoliberalism*) hat man dies genannt (*van Apeldoorn* u. a. 2008).

Da aber ein Superstaat geschaffen werden soll, braucht man auch das Dekor eines solchen (National-) Staats. Das ist der *Parlamentarismus*. So wird die Notwendigkeit einer Direktwahl des und größerer Kompetenzen für das Europäische Parlament angesprochen. Erst ist man verwundert. Die Kommission handelt sich damit doch Scherereien ein. Aber das ist ein Irrtum. *Denn das EP ist Teil der Bürokratie*. Es ist ein Scheinparlament, weil es, politiktheoretisch gesprochen, keinen Demos vertritt. Doch das ist ungenau: Es vertritt keinen *allgemeinen* Demos. Es vertritt einen Ein-Drittel-Demos, einen Verbund von Oberen Mittelschichten und Intellektuellen, die auf dieses Parlament orientiert sind. Ähnlich vertraten Parlamente des 19. Jahrhunderts „Besitz und Bildung“. Die einzige Legitimität besteht paradoxer Weise dort, wo viele europäische Ideologen ein Manko sehen: Die Wahl des EP ist in den Mitgliedsstaaten eine Gelegenheit, nationale Stimmungen auszudrücken

cken („Denkzettel-Wahlen“). Das ist der einzige Punkt, wo die Bevölkerung dieses Parlament ernst nimmt – wenn auch nur beschränkt: Die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum EP ist durchwegs wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen und erreicht meist nur die Hälfte des nationalen Anteils (vgl. *van der Eijk* u. a. 2010).

Tatsächlich hatten die Kommission und der Rat dem Parlament im Wesentlichen eine Rolle als PR-Agentur für ihre Politik zugeordnet. Das funktionierte nicht so ganz. Die EP-Leute wollen ihre Klientel, die Mittelschicht, einbringen; sie beanspruchen mehr Kompetenzen, als die anderen Branchen der Bürokratie ihnen zugestehen möchten. Das liegt in der Natur polykratischer Organisationen. Im Übrigen ist das EP der Spitzenbürokratie sehr nützlich: Im Rat sitzen die im Rahmen nationaler Wahlen doch irgendwie noch zur Verantwortung gezogenen Regierungschefs bzw. Minister. Sie können ihre Jobs verlieren. Die Ausrede auf die EU funktioniert immer schlechter. Die Menschen beginnen zu begreifen, dass die Herrschaften das selbst beschließen, was sie vor heimischen Publikum auf Brüssel abschieben möchten. Da kommt das EP wie gerufen. Die Euro-Turbos dort sind dem eigenen Demos tatsächlich unverantwortlich. Hier hat die Einsicht in ihre Mitverantwortung noch nicht so funktioniert, dass das Wahlvolk sie rundweg verjagen würde. Die einzige Verantwortlichkeit ist gegenüber den Partei-Sekretariaten, und die wiederum nehmen diese "Parlamentarier" selbst nicht ernst. Sind es doch häufig abgehalfterte Politiker, die auf nationaler Ebene kein Plätzchen mehr bekamen.

Ähnliches gilt auch für die Einbindung der *Sozialpartner*, welche flüchtig als notwendig erwähnt wird. Erreicht sollte dies Alles bis zum Ende der 1970er werden.

Dazu machte der Bericht einen Blick auf die Außenbeziehungen. Der einzige äußere und ständig genannte Bezug war der US-Dollar. Die EWG und heute die EU verstehen sich als Teil eines *mondialen Regionalisierungsprozesses*. Für die Ideologen war dies ein einziges und einheitliches Imperium. Hier erinnert die Terminologie stark an jene von RGW-Dokumenten mit ihrer „internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ – nur das Wort „sozialistisch“ fehlt natürlich. Aber die Imperiums-Bildung war ein Ziel. Es stand eine Mischung aus welt- mit wirtschaftspolitischen Motiven hinter dem ersten konkreten Aktionsplan mit den 3 Stufen zur Währungsunion).

Die faktische Entwicklung verlief freilich etwas anders.

Im Gegensatz zum Werner-Plan und seinem nüchternen, technokratischen Stil wird der *Tindemans-Bericht* 1975 von hohlem Pathos getragen. Er beginnt mit einer Katastrophen-Rhetorik und hält diese

auch durch: „Verwundbarkeit“, mehrfach: „Ohnmacht“, „besorgte Erwartung“, usf. Man hat den Eindruck, er versucht eine Krise herbeizureden. Damit sind Ausnahme-Maßnahmen zu rechtfertigen. Diese Maßnahmen erweisen sich im Nachhinein tatsächlich als weitreichend, aber erst im Kontext der seitherigen Entwicklung. Im Vergleich zur bedrohlichen Rhetorik wirken sie ausgesprochen bescheiden. Das ist kennzeichnend für den Unterschied zwischen den Währungsfragen und der hier allgemein abgehandelten Politik, erklärt sich aber aus dem Kontext und den handelnden Personen: Hier wird das Pathos des Staats angestrebt. Die „Europäische Union“ soll im Gegensatz zur EG ein supranationaler Staat werden.

Die Hand der Technokraten zeigt sich im Werner-Plan am umfangreichen technischen Teil der Arbeitsgruppe aus Zentralbank-Leuten. Im Tindemans-Bericht kehren die Oberflächen-Politiker zurück. Die Währungsunion ist für sie vor allem das Mittel, das eigentliche Ziel, das Imperium und seine Bürokratie, *irreversibel* zu machen. Das wird ohne weiteres konzediert. Es fällt das Wort vom notwendigen „großen Schritt“, der später, in den 1990er Jahren so entscheidend werden wird. Der Sinn dieses großen Schritts wird aber eher vernebelt, teils vermutlich, weil es „unseren Völkern“ nicht zumutbar war; teils auch, weil der Politiker seinem eigenen Fetisch aufsitzt: der „politischen Union“ als Selbstzweck; der „europäischen Identität“ (die in späteren Texten der Kommission nur mehr im militärischen Zusammenhang auftritt!); dem Wunsch, „nach außen vereint aufzutreten“.

Unter den „konkreten Sofortmaßnahmen“ des Abschnitts C werden nochmals die wesentlichen Ziele aufgezählt:

- (1) Erste Priorität ist das Auftreten als einheitliche imperialistische Macht *vis-à-vis* der Dritten Welt, die „neue Weltwirtschaftsordnung“.
- (2) Dazu bedarf es der Klärung der innerimperialistischen Konkurrenz zu den USA, „zugleich unser Verbündeter ... und ... gelegentlich unser Rivale“, die „Führungsmacht“.
- (3) Denn noch existiert das sowjetische Lager; die Alternative des „Realsozialismus“ wird noch ernst genommen. Aber in der KSZE hat man sich ihm gegenüber als Einheit konstituiert.
- (4) In Zeiten der Ölkrise hat der arabische Nahe Osten (noch hat die USA den Iran in der Hand) plötzlich viel Geld und damit viel Macht. Man muss ihm also geeint gegenüber treten.

„Imperialism is over“ (Hardt / Negri 2000). Man braucht nur diese Berichte lesen, um zu begreifen, wie lächerlich diese Aussage ist. Das Imperium, das hier entworfen wird, ist eine (super-) imperialistische Einheit. Imperiumsbildung ist ein globaler Prozess, der sich auf regionaler Ebene abspielt. Die Währungsunion war das wichtigste In-

strument dabei.

Was in der Entwicklung der E(W)G / EU stets auffällt, ist die Langfristigkeit der Bemühungen. Spätere Ansätze greifen immer wieder auf frühere Berichte, Entwürfe und Pläne zurück. Das gilt nicht zuletzt und besonders auch für die Formulierungen: Die Kontinuität wird sogar überbetont. Der Anschein herrscht, als ob sie in allen Einzelheiten gegeben wäre. Das scheint mir ein Lehrbuch-Beispiel für das *Paradigma bürokratischer Herrschaft*. Es erinnert an die Langfristigkeit des chinesischen Mandarins und seiner Ziele, die sprichwörtlich geworden ist. Die Tagespolitiker haben andere Funktionen: Sie müssen dieser langfristigen bürokratischen Planung Legitimität verschaffen, einerseits durch den Wahlprozess; andererseits aber auch dadurch, dass sie für die Befriedigung der aus der Gesellschaft auftauchenden Bedürfnisse und Anforderungen sorgen. In mancher Weise definiert sich der Politiker als Sozialarbeiter des Systems. Dazu ist die Bürokratie nicht in der Lage, weil sie sich an formale, also unpersönliche und quasi unveränderliche Regeln zu halten hat.

Die 1970er und 1980er:

Der missglückte Probelauf und die neoliberale Wende

Zuerst Willy Brandt und dann Helmut Schmidt drängten auf ein Weitergehen. Die SPD riskierte sogar einen inneren Bruch. Ihr Wirtschaftsminister, Karl Schiller, kam aus dem Hauptstrom der ökonomischen Dogmatik. Er galt als „Rechter“ und trat für eine Währungspolitik der Produktivitäts-Verhältnisse ein (1969: „Schiller-Wahlen“ mit dem Programm der Aufwertung). Es setzte sich aber Helmut Schmidt durch. Er nahm Kurs auf das autoritäre Programm einer EG unter deutscher Hegemonie in Absprache mit Frankreich².

Das EWS (Europäische Währungssystem) entstand 1978 als Entwurf von Schmidt und Giscard d'Estaing persönlich. Dieser erste Versuch, der noch nicht mit einer formalen Einheitswährung verbunden war, erwies sich rundum als Fehlschlag (Kleinheyer / Simmert 1984: „a dis-

² Beide Personen kamen aus der NSDAP. Schiller war von Juni 1933 bis 1938 Mitglied der SA und danach Parteimitglied. Helmut Schmidt, etwas jünger, war Mitglied der Hitlerjugend. Das könnte man ihm schwerlich vorwerfen. Aber sein Verhalten zählt: Er brach eine enge Freundschaft ab, weil er von Kontakten zum Widerstand erfuhr. Danach bekleidete er Vertrauensstellungen in der Wehrmacht und stieg rasch auf. Im Gegensatz zu Schiller begann er sich jedoch bereits gegen Kriegsende von den Nazis zu distanzieren.

appointment“). Es kam im nächsten Jahrzehnt zu 12 „Anpassungsrunden“, einigen Dutzenden Auf- und Abwertungen. Die Teilnehmer am EWS traten nahezu nach Belieben ein und aus. Anfang der 1990er gab es fast einen Zusammenbruch. Er konnte formal vermieden werden, indem man die Schwankungsbreiten so ausweitete, dass sie real keine Bedeutung mehr hatten. Nach dieser Erfahrung war es bodenlose Leichtfertigkeit, oder aber zynische Brutalität, eine volle Währungsunion zu planen. Doch es hatte seinen Grund. Das „Friedensprojekt EU“, der einzig bisher gelungene Ansatz zu einem Supra-Imperialismus, sollte um jeden Preis entstehen. Wirtschaftliche Systeme können nur durch politische Absicherung funktionieren.

Mittlerweile gab es eine entscheidende Wende im wirtschaftspolitischen Klima. Nach der kleinen Weltwirtschaftskrise der 1970er setzte sich in den USA Ronald Reagan und im UK M. Thatcher durch. In Frankreich zogen Mitterrand und Delors Mitte der 1980er nach. Dagegen spielte der Regierungswechsel in der BRD von Schmidt zu Kohl keine Rolle: Beide vertraten dieselbe Politik. Das hatte ideologisch und faktisch einen fundamentalen Wandel zur Folge: Man wandte sich vom „Keynesianismus“ ab und dem „Monetarismus“ zu. Beide Ausdrücke stehen in Anführungszeichen, weil beide irreführend sind.

Der Keynesianismus der 1960er und 1970er war eine Mischung aus mehreren politischen Tendenzen. Inhaltlich war der Blick auf ein hohes Beschäftigungsniveau wichtig, Man fürchtete Arbeitslosigkeit. Aber die Vorgangsweise war eine Politik der leichten Hand – weil man die Erfahrung stets wachsender Staatseinnahmen gemacht hatte. Auch politische Entscheidungsfähigkeit insbesondere der Sozialdemokraten spielte eine Rolle: Sie wollten eine gewisse Verschiebung erreichen, wagten aber nicht, die alten politischen Präferenzen über Bord zu werfen. In diesem Sinn ist ein staatliches Defizit sehr häufig ein Versuch, das eine zu tun, und das andere nicht zu lassen – in Italien sagt man: Man möchte „la botte piena e la moglie ubriaca“. Monetarismus aber ist faktisch ein Marktfundamentalismus, der bewusst staatliche Interventionen vermeidet, um den Stärkeren nicht in die Quere zu kommen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich ungehindert durchzusetzen.

Es war diese Wende vom Keynesianismus zum Monetarismus, der die Währungsunion erst möglich machte. Ebenso wesentlich war der Zusammenbruch des „Realsozialismus“. Denn bisher hatte man nicht gewagt, Arbeitslosigkeit und „U-turn“, also zunehmend stärker-

re Verteilung nach oben, einfach hinzunehmen. Jetzt stellte dies kein politisches Problem mehr dar. Man brauchte nicht mehr gegensteuern. Flexible Wechselkurse sind das Hauptmittel des Ausgleichs, wenn eine Wirtschaft aus welchen Gründen immer, kompetitiv zurück fällt. Nun glaubte man, auf dieses vergleichsweise schonende Instrument verzichten zu können. Die Arbeitenden sollten allein die Kosten tragen. Die Geburt des neuen Imperiums in Brüssel stellte die Krönung dieser Politik dar. Die Währungsunion sollte sie irreversibel machen.

Der Delors-Plan

Nach dem Wahlsieg Mitterrands etablierte die neue Regierung vorerst eine Politik des höheren Konsums ohne weitere Absicherung. Der Effekt war, dass ein erheblicher Teil der Zusatzeinkommen in den Import ging. Die Leistungsbilanz kippte, und die Regierung zog die Notbremse von Devisenkontrollen. Danach kam eine deutliche Wende der französischen Politik, angeordnet von Mitterrand, verbunden mit dem Wechsel von traditionellen Sozialdemokraten Mauroy zu Delors. Mitterrand war EG-fixiert. Delors aber hatte von Grund auf eine neoliberale Einstellung im Rahmen französischer Bürokratie-Kultur. Er wechselte bald in die EG-Kommission und wurde deren Präsident.

Der vom Europäischen Rat in Auftrag gegebene *Bericht über die künftige Wirtschafts- und Währungsunion* 1989 ("Delors-Plan") macht in aller Offenheit klar: Die Währungsunion ist das Mittel, die Beteiligten zu einer eindeutigen Wirtschaftspolitik zu zwingen. Die äußeren Zwänge sind unerlässlich – der Begriff „constraints“ kommt denn auch ständig vor. Es soll eine Politik nach deutschem Muster geführt werden. Die einzige Währung, die einmal genannt wird, ist die „Deutschmark“. Das machte für die „Starken“ – die BRD – Sinn und war ganz im Interesse ihrer dominanten Kräfte, ob Helmut Schmidt oder Helmut Kohl. Auf sie schauten Leute wie Delors und Mitterrand neidvoll hin, und mit dem Eifer von Konvertiten machten sie sich ans Werk. Warum gab es dann später doch das Zögern der neuen deutschen Regierung? Sie hatte begriffen, dass die Wünsche von Bürokraten wie Delors und die Abläufe nationaler Politik zwei Paar Schuhe sind.

Es hat wenig Sinn, den Bericht im Einzelnen durchzusprechen. Die inhaltlichen Elemente waren alle schon vorhanden. Geändert hat sich wiederum der Stil: Er ist offener als der Werner-Bericht und vermeidet das Bramarba-

sieren des Tindemans-Berichts. Nicht dass er deswegen weniger Sprach-Fetischismus enthält. In einigen Absätzen wechseln sich Satz für Satz die Worte "imbalances" und „disequilibrium“ (beides "Ungleichgewicht“) ab wie in einem Rosenkranz (vgl. z.B. Para 27!). „Ausgewogenheit“ (*balances*) bedeutet nichts anderes als den Anspruch der bürokratischen Spitze im Rahmen des Imperiums zu entscheiden, was für alle die optimale Kombination von was immer ist. Alle Regierungen sollen in ihrer Wirtschaftspolitik ein gemeinsames Präferenzensystem haben („den Markt stärken“, „ein hoher Grad an Freiheit für das Marktverhalten und die Privatinitiative“). Die Währungsunion soll dies erzwingen. Und die Worte „unwiderruflich“ und „unumkehrbar“ kommen ständig, auch wenn sie völlig redundant sind. Hier spricht der bürokratische Techniker, ob aus der Elitenanstalt ENA oder nicht (Delors selbst kam nicht von dort). Der braucht sich um Wählerzustimmung nicht zu scheren – auch wenn er versuchs- oder wahrscheinlich ironischerweise einmal einen Abschnitt über Subsidiarität einfügt. Wie man die Bürokratie aufbaut, ist weniger von Belang, wenn nur das Zentrum die unbefragte Oberleitung hat.

Aus deutscher Sicht gab es dabei einige Pannen. Die Regierung der BRD war skeptisch gewesen. Sie wollte eine Währungsunion nur, wenn das „role model“ Bundesbank in die neue EZB übernommen würde. Aber ausgerechnet in dieser Zeit kam sie unter Druck. Sie brauchte die Zustimmung Westeuropas zur Einvernahme der DDR. „Wer lange genug auf der Welt ist, um auch die Vorgeschichte des Euro persönlich erlebt zu haben, weiß, dass die Gemeinschaftswährung zu einem guten Teil nicht ein ökonomisches, sondern ein politisches Projekt war. ... Ein so nirgends protokollierter, aber nicht minder realer Kuhhandel ‚Abschaffung der Mark durch Schaffung einer Gemeinschaftswährung im Austausch für die Unterstützung der Wiedervereinigung‘ [war] abzuschließen“ (Jörg *Baumberger* in der NZZ 19. Jänner 2012).³ Dass bricht die Geschichte auf eine intellektuell ein wenig zu triviale Ebene herab. Es stimmt:

Die hausbackene national-deutsche Ideologie gewann Oberhand über monetaristisch-technokratische Interessen. Der konservativen Regierung war dieses Ziel wichtiger als die unumschränkte Macht über die EZB und den Euro. So bestand sie auf die Konvergenz-Kri-

³ In den letzten Jahren hat es mehrere Memoirenwerke (J. *Attali* 2005) und Zeitungs- und Zeitschriften-Artikel gegeben, die immer wieder behaupten, es wäre ein regelrechter Handel gewesen: Währungsunion gegen deutsche Einigung. Dass frühere Politiker dem widersprechen (*Waigel*), besagt natürlich gar nichts. Eher könnte dagegen sprechen, dass das deutsche Finanz- und Großkapital (z. B. *Tietmeyer*) durchaus auch für die Währungsunion eintrat.

terien. Die haben zwar mit einer Einheitswährung nicht mehr zu tun als jedes beliebige andere wirtschaftliche Kriterium auch. Aber sie sollen eine neue Wirtschaftspolitik erzwingen. Doch sie sicherte sich nicht ab. Sie rechnete offenbar damit, dass sie mit ihrem politischen Gewicht ihre Politik schon durchsetzen würde. Das war teilweise eine Fehlkalkulation. Doch der Witz dabei ist: Die Konservativen wurden zwar abgewählt. Ihr Ziel haben sie jedoch erreicht. Die ihnen folgenden Sozialdemokraten und Grünen führten ihre Politik in einer Härte durch, welche die CDU nicht gewagt hatte und sie auch bis heute nicht wieder wagt: „Seit 1999 [seit Schröder / Fischer] folgte Deutschland einer strikten Politik der Lohnzurückhaltung, die ... nicht ohne Folgen für die Länder der übrigen Eurozone blieb. Es war ... eine ‚beggar thy neighbour-Politik‘, welche die anderen Länder dazu zwang, ihrerseits eine drastische Politik der Lohnzurückhaltung zu führen“ (*De Grauwe* 2010).

Vor seiner Wahlniederlage 2012 jammerte Sarkozy die Deutschen an, sie mögen doch mehr „Binnenkonsum“ zulassen. Die Politik seines sozialdemokratischen Vorgängers Mitterrand kehrt sich nun gegen Frankreich ...

Der deutsche Streit um den Euro: Die Widersprüche des Hegemons

In der Bundesrepublik war die Währungsunion stärker diskutiert als in jedem anderen Land, und zwar höchst kontrovers. Man muss sich die Texte dieser Erklärungen und Leserbriefe, der deutschen „Manifeste“ und Stellungnahmen für und gegen den Euro ansehen! Die Argumentation der Mehrheit, der Gegner des Euro war schwach und nicht überzeugend. Sie setzten sich ausschließlich auf die sogenannten Konvergenz-Kriterien, in Wirklichkeit einzig auf die Staatsschuld-Limite.

Bereits 1992 hatte Renate *Ohr* mit einer Personengruppe gegen die Währungsunion Einspruch erhoben. 1997 hielt es daher eine kleinere Gruppe von Ökonomen, ausschließlich Männer, für ihre Pflicht, im *Boffinger-Manifest*, nach dem Initiator genannt, die Währungsunion zu unterstützen. In ihren zehn Punkten schafften sie es, die zentrale Problematik vollkommen zu übergehen: Die Frage unterschiedlicher Strukturen und unterschiedlicher Produktivitätsentwicklung wurde nicht einmal erwähnt! Die Unterzeichner jammern wegen der starken DM-Aufwertung zwischen 1991 und 1995. Sie habe die deutsche Wirtschaft schwer geschädigt. Es ist nützlich heute zu erinnern: Nach der Einführung des Euro hat dieser bis 2004 viel stärker, um

rund 50 %, gegen den US-\$ aufgewertet. Die BRD hat dies ganz gut vertragen, obwohl die deutschen Exporteure den Großteil ihrer Güter nach außerhalb der Euro-Zone lieferten. *Aber die schwächeren Wirtschaften gingen dabei zu Grunde.* Es kommt auch ein Hinweis auf die Gebühren beim Wechseln. Das ist ein Witz, ähnlich wie die Klage über den hohen bürokratischen Aufwand dabei. Diese Kosten sind vernachlässigenswert niedrig. Die Herren Ökonomen haben die Funktion von Wechselkursen offenbar nicht verstanden. Die Polemik gegen die Aufwertung wiederholt nur die alte Feindschaft des BDI gegen Aufwertungen. Den diese schmälern kurzfristig die Gewinne. Diesen Kampf hatte der BDI einmal verloren – in den „Schiller-Wahlen“ 1969. Nun, mit dem Euro, wird er ihn gewinnen.

Die Unterzeichner wischen „Fehler“ bei der deutschen Währungsunion im Zug des Anschlusses der DDR vom Tisch. Wenig verwunderlich: Sie wurden Punkt für Punkt in der €-Union wiederholt. Sie mussten wiederholt werden, weil sie unvermeidlich sind: Ein Umtauschkurs, der dem Leistungsgefälle wenig gerecht wird, ist strukturell eingebaut. „Marktgerechte Devisenkurse“ kann es in einem solchen Gebilde nicht geben. Und es mag zwar „keinen Automatismus, dass Deutschland für die Probleme anderer Staaten aufkommen muss“ geben. Aber die BRD will die Eurozone im gegenwärtigen Umfang erhalten. Daher ist genau das eingetroffen. Für deutsche Ökonomen kann es ein Trost sein, dass auch Österreich und die Niederlande mitzahlen.

Auch die sonstige Argumentation dieses Manifests ist von ähnlicher Qualität. Alles dreht sich um die Staatsschuld. Die polemische Floskel von der „Finanzierung von Staatsdefiziten durch die Notenpresse“ ist eine metaphorische Wendung. Was ist passiert? Noch niemals haben Zentralbanken in Friedenszeiten in solchem Ausmaß Staatsschulden übernommen wie die EZB. Und über Punkt 7 staunt man. Denn da heißt es nämlich: „Der Einfluss des Staatsdefizits auf die Inflation [ist] sehr gering.“ Das stimmt. Aber die ganze Argumentation in der Debatte geht von einem solchen überragenden Einfluss aus, auch die Boffingerianer.

Das Manifest ist oberflächlich und sprachlich untergriffig. Gerade das scheint dem deutschen Kapital gefallen zu haben. Es wurde im „managermagazin“ (Sept. 1997) veröffentlicht, und *Boffinger* durfte seinen Gegnern eine mentale Sperre und geringe Kompetenz gegenüber seiner eigenen „nüchternen Analyse“ vorwerfen.

Das Komitee um *Renate Ohr*, *Wim Kösters* und *Roland Vaubel* und nun

auch *Manfred M. Neumann* vertrat mit seinem zweiten Aufruf in der FAZ vom 9. Feber 1998 gegen die „vorzeitige“ Einführung des Euro wahrscheinlich eine ansehnliche Mehrheit der deutschen Ökonomen. 160 Professoren hatten unterschrieben. Nun ist die Formulierung („vorzeitig“) bereits kennzeichnend. Im Gegensatz zu ihren Konkurrenten erwähnen die Proponenten immerhin „Strukturprobleme“. Aber sie teilen den monetaristischen Ansatz mit ihnen. Beide gehen an den Grundproblemen vorbei. Bei Ökonomen aus der BRD wäre es anders verwunderlich.

Man fragt sich, warum ausgerechnet deutsche Ökonomen sich so stark gegen die Einheitswährung engagierten. Bilden sie doch einen neoliberal-fundamentalistisch geschlossenen Club, wie man ihn selbst in dieser Zunft nicht leicht anderswo findet. Es dürfte teils eine Frage der Temperamente gewesen sein. Die Boffingerianer sind blauäugig optimistisch, die Ohrianer sind noch stärker marktfundamentalistisch, vielleicht eine Spur realistischer, aber pessimistischer.

Auch ein erheblicher Teil der französischen Ökonomen, so heißt es, sei gegen die Einführung des Euros gewesen, aber nicht die Mehrheit. Es ging um die Heilige Kuh, den Markt. Es ging um *zwei mögliche Formen konservativer Politik.*

Wenn man systematisch alle politischen Beschränkungen des Markts und vor allem des Finanzmarkts ausräumt, dann darf man sich nicht wundern, dass der Markt sich politisch nicht mehr zähmen lässt. Wenn man jede Kapitalverkehrsbeschränkung für Anathema erklärt, dann wird man auch kein Instrument mehr für die Regulierung des Finanzmarkts haben. Dann ist der Markt selbstverständlich stärker als die übrig gebliebene politische Struktur. In diesem Sinn haben diese Ökonomen aufrichtiger und konsequenter gedacht als ihre Gegner in der Minderheit, die aktiv die Einführung des Euro unterstützten.

Und das Maastricht-Kriterium Öffentliche Schuld? Die Staatsschuld und ihre Höhe hat mit der Eignung oder Nichteignung einer Wirtschaft für die Einheitswährung nichts zu tun. Man wird entsetzt einwenden: Aber die Euro-Krise ist doch als Staatsschulden-Krise aufgepoppt? Formulieren wir präziser! Die öffentliche Verschuldung ist ein *Indikator* für die Krise des Euro, aber nicht ihre *Ursache*. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Peripherie abnimmt, wenn Regierungen versuchen, dieses Problem eine Zeitlang durch zunehmende Verschuldung zu überspielen, wenn Banken ihnen im Vertrauen auf ein *bail-out* trotz fehlender Bonität Kredite gewähren, dann werden die

Staatsschulden wachsen. Eines Tages werden die Spekulanten, die Banken und Versicherungen, aufwachen und umso panischer reagieren. Aber das ist nicht die Ursache der Krise.

Die Eurozone: Zentrum und Peripherie

Die von der EU angestrebte und zu einem erheblichen Teil bereits verwirklichte Transformation der (west-) europäischen Gesellschaften hängt an der Klassenstruktur dieser Gesellschaften und an den Kräfteverhältnissen des parlamentarischen Staats.

Die Revolution der Ansprüche und die Reaktion

Der parlamentarische Staat versuchte, die Mitbestimmung der gesamten Bevölkerung zu verallgemeinern. Ursprünglich war dies nur die „Nation“, und die ist nicht gleich der Bevölkerung. Gleichzeitig, und das war essenziell, sollte Mitbestimmung auf den *politischen Bereich* beschränkt bleiben. Dazu musste aber dieser Bereich erst einmal definiert werden. Grundlegend diente dazu das Konzept der *Menschenrechte*. Menschenrechte sind Bereiche, in welchen der Staat und seine Bürokratie, heute auch Mehrheiten, mit ihren Entscheidungen, keine Interventions-Berechtigung haben sollten. Diese politikfreie Zone, die „Grund- und Menschenrechte“, sollte tabuisiert sein. Sie muss möglichst unbefragt wirken.

Damit werden Menschenrechte zu einer ambivalenten Angelegenheit. Sie dienen dem Schutz des Einzelmenschen. Aber der Einzelmensch steht nicht im luftleeren Raum; er ist Angehöriger einer Klasse. Menschenrechte entstanden als Instrument des liberalen Bürgertums. Nicht zufällig wurden sie in Österreich 1867, am Beginn der Liberalen Ära, kodifiziert. Im Deutschen Reich, wo es eine solche liberale Ära nicht gab, gab es auch keine kodifizierten Menschenrechte. Im Habsburgerstaat sollten sie das Bürgertum vor dem Alten Staat schützen. Doch der Blick ging auch schon auf die neuen sozialen Kräfte. Das Proletariat insbesondere wollte politische Mitbestimmung. Es war nur folgerichtig: In Österreich und im Deutschen Reich schloss sich genau an diese Zeit der Erklärung der Menschenrechte eine Phase der erbarmungslosen Repression gegen die Sozialisten, die durchaus von den Liberalen gestützt wurde. Deutlicher konnte der Klassen-Charakter der Menschenrechte kaum werden.

Und doch entfalteten die Menschenrechte ihre eigene Dynamik. Sie wurden zu verallgemeinerten Schutzrechten. In der Folge wurde die

Tendenz immer stärker, aus Schutzrechten („negativen Rechten“) Ansprüche („positiven Rechten“) zu machen. Damit funktionierte die Beschränkung der Mitbestimmung auf die politische Sphäre immer weniger. Die Linke hat seinerzeit den parlamentarischen Staat verachtet und verhöhnt – sehr zu Unrecht! Damals allerdings hatte das Bürgertum geglaubt, es könne sich auf die Hegemonie der liberalen Intellektuellen verlassen. Nun drangen und dringen immer mehr Ansprüche durch. Sie werden in einer Art „plebeisch-intellektuellen“ Denkweise gerechtfertigt. Dazu gehört der Populär- oder Vulgär-Freudianismus: Er vertritt mit Verve die Legitimation der menschlichen Bedürfnisse und macht ihre Befriedigung zur öffentlichen Aufgabe. Es gelingt den Herrschenden aber nicht mehr, dies auf den Sexualbereich zu beschränken. Dort würde man es ja dulden. Die permissive Stimmung gegenüber der früheren Repression hat aber materielle Konsequenzen.

Das Alles findet vor dem Hintergrund eines Strukturwandels im sozio-ökonomischen System statt. Die dichte Vernetzung im System stellt sich als Voraussetzung für steigende Produktivität heraus. Die neue Qualität wird von den Eliten selbst unter dem Begriff der Globalisierung propagandistisch eingesetzt, von einem anderen, „grünen“ Teil als Grenzenlosigkeit der „Umweltproblematik“. Der staatliche Eingriff in die Wirtschaft wurde zur Selbstverständlichkeit, gerade in der Finanzkrise.

Damit ist die Chinesische Mauer zwischen Politik und Wirtschaft endgültig niedergedrückt. Die Debatten um die skandalös überzogenen Spitzen-Einkommen zeigen, in welche Richtung dies geht. Es war also Zeit, der Bevölkerung die Mitbestimmung wieder aus den Händen zu winden. Die Grundidee war genial einfach:

Die wesentlichen Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo die Bevölkerung bzw. die unteren zwei Drittel realiter keinerlei Einfluss mehr ausüben. Die parlamentarische Struktur soll wieder ihre alte Rolle als Schutzschild gegen die plebeischen Ansprüche spielen.

Die Starken und die Schwachen

Wir müssen nun aus der Politik wieder zurück kommen und einige technische Blicke auf die Ökonomie machen.

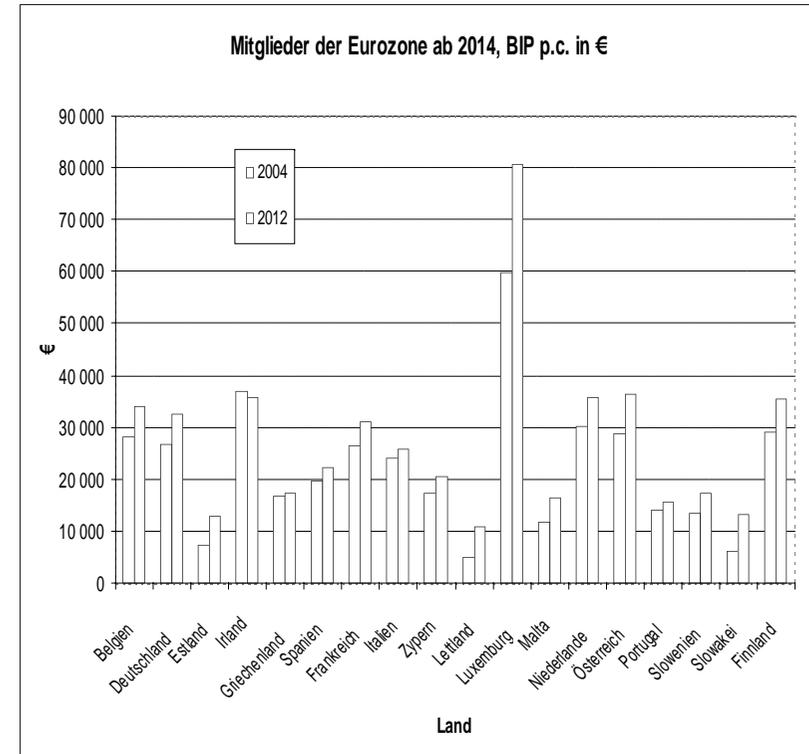
Der Aufbau des europäischen Imperiums war für das europäische Zentrum aus Sozialdemokraten, Christlichsozialen, Liberalen und „Grünen“ die logische Folge des Zusammenbruchs des Sowjet-Sys-

tems. Der neidvoll beachtete kurzfristige Erfolg des Reaganismus, vor allem in seiner etwas vermenschlichten Version als *Clintonismus*, war ein wichtiger zweiter Impuls („Lissabon-Strategie“). Gegenwärtig hat man den Eindruck: Die früher in den Vordergrund geschobenen ökonomischen Ziele, Wachstum vor allem, sind nicht mehr prioritär; politische Ziele dominieren (globale Interventionen, die Aufrechterhaltung und Ausweitung des Besitzstands, usf.).

Die Währungsunion von 1999 mit ihrer symbolisch wichtigen Ergänzung, dem gemeinsamen Bargeld ab 2001, wurde einem Wirtschaftsraum mit gewaltigen Struktur- und Wohlstands-Unterschieden übergestülpt. Doch eine gemeinsame Währung für ein bestimmtes Gebiet bedarf einer vergleichsweise einheitlichen Struktur und daraus folgend eines vergleichbaren Wohlstands-Niveaus. Sonst werden die schwächeren Regionen, ihre Unternehmen und die dort arbeitenden Menschen schwer geschädigt. Weiters sollte sich die Produktivität etwa im Gleichschritt entwickeln. Das aber ist undenkbar ohne eine zielgerichtete Wirtschafts-Politik. Gerade die aber möchte die transnationale Bürokratie verhindern, trotz ihrer Selbstverpflichtung auf "Kohärenz", auf eine Angleichung der Lebensverhältnisse.

Die *Abbildung 1* demonstriert die enormen Wohlstands-Differenzen am BIP p.c. in den Jahren 2004 und 2012. Erinnern wir uns: Die Währungsunion wurde ursprünglich für ein wesentlich homogeneres Gebiet nach dem Maßstab BIP pro Kopf entworfen. Für die Zeit des Werner-Plans findet man in EUROSTAT keine harmonisierte Statistik. Ich benutze daher Daten aus der Weltbank in laufenden Preisen und Wechselkursen, ausgedrückt in US-\$ für 1975. Wenn wir Luxemburg außer Acht lassen, schon damals ein Ausreißer nach oben, so wies die "Alte" BRD mit 6.769 US-\$ den höchsten Wert auf. Frankreich lag bei 6.499 US-\$ pro Kopf knapp vor den Niederlanden (6.474,-) und Belgien (6.304,-). Italien hatte 3.830,-. Damit lagen die Werte zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Pro-Kopf-Produkt (ohne Luxemburg) bei 1 : 1,77. Aber das war nicht einmal das Wichtigste! Italien mit seiner hohen Arbeitslosigkeit im Süden führte eine ganz andere Wirtschaftspolitik, nicht zuletzt gezwungen durch die starke gewerkschaftliche Aktivität. Über alle Regionen summiert wuchs die italienische Wirtschaft keineswegs langsamer, sondern zu dieser Zeit schneller als der europäische Norden. Die Stagnation setzte erst in den 1990ern ein, mit der Orientierung auf die Währungsunion. Den Süden aber hatte das geeinigte Italien bereits ein Jahrhundert früher mit einer anderen Währungsunion, der Lira, ka-

putt gemacht (Mezzogiorno-Problem). Nun setzte es den Euro drauf. *Abbildung 1: BIP p.c. in den Euroländern 2004 und 2012 (Lettland inbegriffen, Beitritt 2014)*



Datenquelle: EUROSTAT. - Die Größe ist in laufenden Euro pro Kopf ausgedrückt, da die Währung natürlich auf den realen Kursverhältnissen aufsetzt und nicht auf dem statistischen Konstrukt KKP (Kaufkraftparitäten)

Und genau darum ging es, um die Wirtschaftspolitik.

Der Unterschied vom niedersten Wert (Portugal) zum höchsten (Irland; Luxemburg als Sonderfall bleibt wieder außer Betracht) betrug zum Zeitpunkt der Etablierung 12.000 zu 27.600, also 1 : 2,3. Dies kann als Indiz für die Wettbewerbsfähigkeit dienen. In der Logik des ökonomischen *mainstreams* wäre 1999 eine Währungsunion von sieben Ländern (mit Luxemburg acht) sinnvoll gewesen. An einer Karte (Abb. 2) wird noch deutlicher, wie nun der Euro den Kontinent in Zentrum und Peripherie strukturiert.

Doch bleiben wir vorerst noch bei den Wohlstandsunterschieden, gelesen als Produktivitäts-Differenziale. Im Jahr 2008, am Beginn der Finanzkrise, war der Abstand auf 40.900 (Irland) zu 12.000 (Estland, Slowakei) angewachsen, auf 1 : 3,33 und selbst, wenn man Irland durch die Niederlande (36.600) ersetzt, auf 1 : 3,1. Unter den schlecht entwickelten Wirtschaften suchen vermutlich die Regierungen von Estland, Lettland und der Slowakei bewusst die Konsequenzen der "inneren Abwertung". Bei Slowenien, Griechenland, Portugal und Spanien war eher der politische Symbolwert unwiderstehlich. Die Regierungen haben die wirtschaftlichen Konsequenzen u. U. nicht völlig begriffen.

Nunmehr sind also auch eine Reihe osteuropäischer Staaten Teilnehmer an der WU. Estland, Lettland, die Slowakei, aber auch Slowenien sitzen im Club. Die drei Erstgenannten betreiben eifrig eine Politik der Selbstmarginalisierung. Slowenien hat dies bislang verweigert; die Bevölkerung dort hat die Möglichkeit zu Referenden. Prompt steht das Land auf der schwarzen Liste der Brüsseler Bürokraten. Sie lauern darauf, dass es den "Schutzschirm" beansprucht, also sich unter Kuratel begibt und zur griechisch-portugiesisch-spanisch-irischen Rosskur gezwungen werden kann.

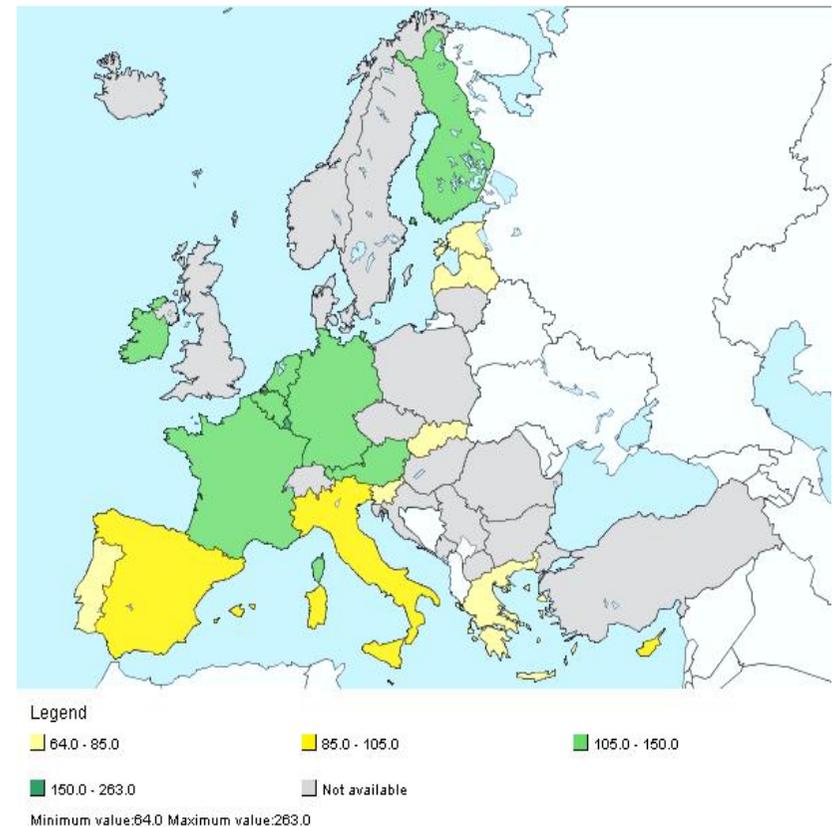
Mit der Erweiterung auf 18 Mitglieder (Lettland seit 1. Jänner 2014) ist die Spreizung nochmals etwas größer geworden (Lettland : Österreich: 1 : 3,34 im Jahr 2012). Überdies tragen einige der Mitglieder den Charakter von Offshore-Wirtschaften: Zypern, Malta, auch Luxemburg. Das trägt nicht zur Stabilität bei.

Das Kartogramm zeigt, dass die Währungsunion für ein vergleichsweise homogenes Wirtschaftsgebiet nach dem Indikator BIP p. c. entworfen wurde. Und doch hatte sie schon in den 1970ern und 1980ern auch dort in ihrer schwächsten Form als „Schlange“, d. h. mit gewissen Schwankungsbreiten der Wechselkurse, Schwierigkeiten. Die Ausweitung von fünf auf dreimal so viele Währungsgebiete indiziert den Paradigmenwechsel in der Geschichte der E(W)G / EU. In den 1980ern wurde sie aus einer superimperialistischen Versicherungsgemeinschaft gegen die UdSSR, wirtschaftlich aber ebenso gegen die USA und in gewissem Sinn intern gegen die BRD zu einem bürokratischen Imperium. Es verleibte sich die Peripherie ein und baute ein westeuropäisches Direktorat auf.

Abbildung 2: Euro-Zone – Zentrum und Peripherie

GDP per capita in PPS

Index (EU28 = 100) - 2012



Quelle: Aus EUROSTAT mit dem dortigen Kartenprogramm erstellt

Die Struktur

Das BIP p. c. ist ein grobes Maß, welches über die Struktur nicht viel aussagt. Es ist zwar richtig, dass Struktur und BIP p. c. empirisch hoch korreliert sind. Es müsste aber theoretisch nicht so sein. Es ist somit angezeigt, die Strukturen der Teilnehmerländer zu vergleichen.

Ich wähle den Zugang von den Produktionswerten aus. Man könnte mit größerer Berechtigung die Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftsbranchen betrachten. Das ist aber in der Ökonomie unüblich. Ein Großteil der Daten wird so nicht geliefert. Die Produktivität und damit die Kompetitivität sind überdies in den einzelnen Wirtschaftsabschnitten, -abteilungen, -klassen und -gruppen sehr verschieden. Der Beitrag dieser jeweiligen Kategorie zum Gesamtprodukt sagt also viel über den Stand der Entwicklung aus. Eine "optimale Währungszone" müsste Länder mit vergleichbarer Struktur umfassen.

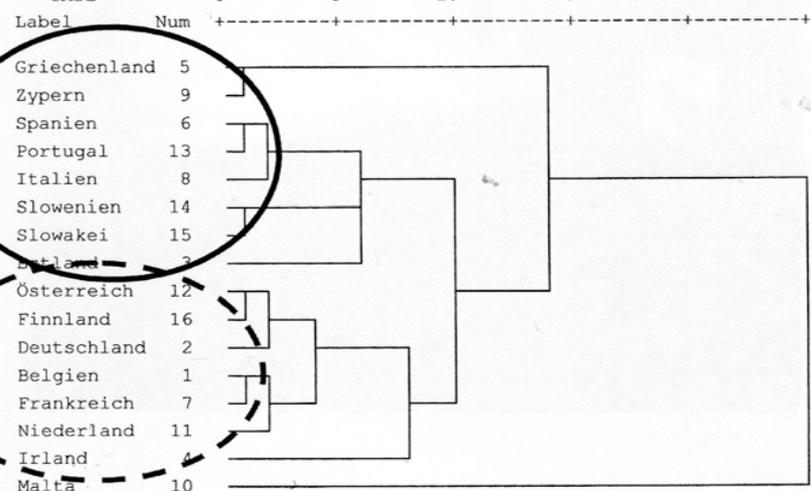
Abbildung 3: Strukturähnlichkeit der Euroländern 2008 (ohne Luxemburg und Lettland)

HIERARCHISCHE CLUSTER ANALYSE: die ersten vier Hauptkomponenten, errechnet nach dem Anteil von 31 Wirtschaftsabteilungen am Gesamtproduktswert

Dendrogram using Average Linkage (Between Groups)

Rescaled Distance Cluster Combine

CASE 0 5 10 15 20 25



Die Klassifizierung wurde in einem zweistufigen Verfahren erstellt. Man könnte die Wirtschaftsstruktur auf Grund der Branchen-Beiträge analysieren. Doch es gibt eine Korrelation zwischen verschiedenen Wirtschaftsabschnitten, etc., abhängig vom Entwicklungsstand. Ist der Anteil des Bankensektors groß, ist üblicherweise auch der Anteil der Wirtschaftsdienste hoch; usw. Man unterzieht also die empirische Struktur dieser Anteile einer Faktorenanalyse (hier: einer

Hauptkomponenten-Analyse). Damit gewinnt man Grunddimensionen der Entwicklung, die jeweils mit den Anteilen der Branchen korrelieren. Die muss man in einem weiteren Verfahren nach Ähnlichkeit ordnen. Die *Abbildung 3* zeigt das Ergebnis einer Clusterung, wenn man die ersten Hauptkomponenten (also Dimensionen der Wirtschaftsstruktur) für das Jahr 2008 einbezieht. Sie erklären rund zwei Drittel der Struktur-Unterschiede.

Es ist hier nicht der Platz, dieses Vorgehen im Einzelnen zu erläutern. Nur soviel: Die Wirtschaften werden als Punkte in einem vieldimensionalen Raum aufgefasst, und der Baum gibt ihre "euklidische" Nähe wieder.

Es gibt dabei mehrere technische Probleme, die auch inhaltlich bedeutsam sind: Die Daten sind keineswegs über alle Zweifel erhaben. So kann z. B. die Angabe Griechenlands zum Gaststätten- und Beherbergungswesen nicht stimmen: Dies ergibt im Vergleich mit den besser entwickelten Ländern eine viel zu hohe Produktivität. Wahrscheinlich wurden schwarz arbeitende Arbeitskräfte nicht gemeldet. Weiters ist in der NACE-Systematik der Sekundäre Sektor stark gegliedert. Aber die Dienste, in den Zentren von überragender Bedeutung, sind hoch agglomeriert. Damit hat die materielle Produktion ein unverhältnismäßig großes Gewicht für die Analyse. Trotzdem hat die Systematik einen Sinn. Denn die tiefer gegliederten Nomenklaturen (Klassen und Gruppen) sind wiederum anfällig für Zufälligkeiten und Eigenheiten der nationalen Zuordnung: Gehört ein Betrieb in die eine Klasse oder doch eher in eine andere?

Lässt man Luxemburg als Mikrostaat, Sitz vieler EU-Organisationen und auch noch *Off-shore*-Wirtschaft außer Betracht, dann ergeben sich *zwei Gruppen* von Ländern in der Euro-Zone, nebst dem Ausreißer Malta: Das ist der *Olivengürtel* und *Osteuropa* einerseits, die *hoch entwickelten Länder* andererseits. Man zögert, Irland in die hoch entwickelte Gruppe zu nehmen. Es hat Charakteristiken eines Ausreißers; aber das Rechenergebnis will es nun einmal so.

Der Euro als Strategie der Dualisierung

Der Euro ist eine Strategie der Kernländer in der heutigen EU. Er soll dem Ausbau ihrer ökonomischen und politischen Dominanz dienen. Es ist keineswegs Zufall, dass alle Oststaaten, bevor sie als Kandidaten für die EU in Betracht kamen, der NATO beizutreten hatten. Das war von ebenso symbolischer wie von realer Bedeutung. Sie hatten sich in einem Militär- und Aggressions-Verband zu bewähren, bevor sie in den zentralen Bereich zugelassen wurden.

Als Kern der neuen EU ist der Euro eine *Strategie der zwei Geschwindigkeiten*. In diesem Sinn hat er seit seiner ersten Planung einen *strategischen Wandel* durch gemacht. Wiederholen wir: Als der Werner-Bericht entworfen wurde, bestand die EWG aus den sechs Kernländern. Die „Westerweiterung“ brachte zwei weitere hoch entwickelte Länder hinzu (UK, Dänemark) und eines (Irland), das britische Peripherie war und wegen seiner geringen Größe nicht zählte.

Dann aber kam es zu einer *fundamentalen Änderung*. Mit dem Olivengürtel kamen in den 1980ern drei Länder dazu, die eben jeweils aus einer Diktatur herausgetreten und schlecht entwickelt waren. Die E (W)G betrachtete sie von vorneherein als ihre Domäne. Es war schon damals das Modell der „Osterweiterung“: Politische und ökonomische Disziplinierung, der Aufbau eines *süd- und osteuropäischen Protektorats* war das Ziel. In den 1990ern schlossen sich in der „Norderweiterung“ mehrere kleine hoch entwickelte Wirtschaften an (Österreich, Schweden, Finnland). Sie wollten die Beute mit teilen und waren bereit, sich dafür in eine Strategie einzufügen, die ihrer bisherigen Politik eigentlich widersprach. Ja, sie zahlten dafür sogar ("Netto-Beiträger"). Die Norderweiterung scheiterte zur Hälfte, weil die Bevölkerung zweier prospektiver Mitglieder (Schweiz, Norwegen) die Ziele ihrer Regierungen nicht mit trugen, aus unterschiedlichen Gründen.

Ursprünglich sollte der Euro nur den hoch entwickelten Kern organisieren. Aber der Olivengürtel drängte aus Prestige Gründen in die Währungsunion. Das Finanz- und Großkapital wusste, was sich ihnen da freiwillig zum Fraß darbot. Die Politik begriff teilweise gar nicht, was sie machte. Das galt nicht nur für den Süden; auch für Österreich ist dies ganz klar. Die Kapitalvertreter (Verbände, Kammern) begriffen dies umso besser, und sie hatten ihre Sprecher in den Parlamenten, und zwar in fast allen Parteien.

Eine ganz spezifische Rolle spielten dabei die Sozialdemokraten und in ihrem Kielwasser die Grünen. Die Sozialdemokratie hatte sich inzwischen in ganz Europa zur technokratischen Fraktion des herrschenden Systems gemausert. Die wenigen verbliebenen Partei-Linien hatten bisher die Ideologen der Bewegung gespielt. Nun verließen auch sie die Partei.

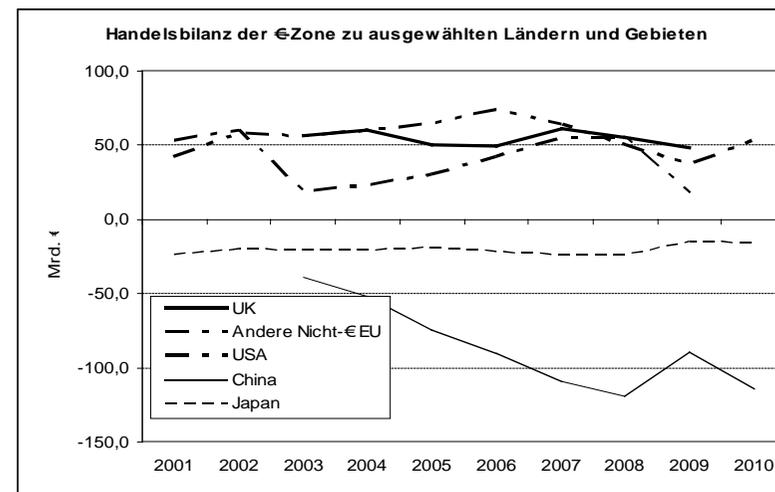
In Österreich trat während des Abstimmungskampfes 1994 Egon Matzner, bisher Programm-Koordinator der SPÖ und von Beruf Ökonomie-Professor an der Technischen Universität Wien aus, ebenso Erwin Weisel, Chef der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer und ebenfalls

Ökonomie-Professor mit Schwerpunkt Lohntheorie. Bemerkenswert ist seine Begründung für den Partei-Austritt in einem Leserbrief an die "Wiener Zeitung" vom 16. März 1994: "Wer gegen den Beitritt ist, wird mundtot gemacht, von Diskussion keine Rede. ... Ich glaube [diesen Schritt] auch meinem Vater Ing. Georg Weissel zu schulden, der als Sozialdemokrat (aber nicht Parteimitglied, er war ausgetreten) im Feber 1934 das Einstehen für jene demokratischen Ideale, die heute mit Füßen getreten werden, mit seinem Leben bezahlte." (Für Nichtösterreicher: 1934 führten die Kleriko-Faschisten einen kurzen Bürgerkrieg gegen die Sozialdemokraten; deren Führer, auch jene des Schutzbundes, der Parteimiliz, verließen das Land beim ersten Schuss und ließen die kleinen Leute allein.)

Und der Außenhandel?

Zur Förderung des Handels tragen fixe Wechselkurse kaum was bei. Das wissen wir aus empirischen – nicht theoretisch-doktrinär-ideologischen – Untersuchungen. Außenhandels-Überschüsse wirken für die Exporteure, nicht aber für den Großteil der Bevölkerung günstig. Das reale Ergebnis lässt sich an der Außenhandelsbilanz der Eurozone ablesen. Sie ist positiv. Aber das resultiert aus dem hohen positiven Saldo mit den Nichteuro-Ländern in der EU inklusive UK und den USA andererseits, trotz deren Kursmanipulationen, welche den US-\$ talab schicken.

Abbildung 4



Datenquelle: ECB-Statistical Pocketbook, div. Jahrgänge; nicht revidierte Zahlen. - UK ist bis 2003 in „Anderen“ inbegriffen, deswegen sinkt der Überschuss gegenüber dieser Kategorie 2003 stark

Aufwertungen und *Abwertungen* über reale Produktivitäten hinweg, also auch unterlassene Aufwertungen, sind Umverteilungen im Inneren. Wertet die BRD ihre Währung nicht auf – weil es in der Währungsunion gar nicht geht – so führt dies zu besonders hohen Gewinnen der Exporteure. Auf wessen Kosten? Auf Kosten der sonstigen Unternehmen und insbesondere der Importeure. Die aber geben die *hohen Importpreise* weitgehend an die Konsumenten weiter. Das führt zu Wohlstandsverlusten der Konsumenten. Es scheint alle zu treffen. Bedeutung aber hat es hauptsächlich für jene, deren Lebensstandard in hoch verflochtenen Wirtschaften stark von der Preisentwicklung abhängig ist. Die Gewinne gehen an die Export-Unternehmen, die hohen Preise zahlen die Konsumenten der unteren Schichten.

Solche Falschbewertungen führen zu Schaden an der Wirtschaft der Unterlegenen. Die „Ungleichgewichte“ zwischen Exporteuren und Importeuren ergeben sich aus der Über-Akkumulation der „Export-Weltmeister“, also vor allem der BRD. Das haben mittlerweile auch die nichtdeutschen Ökonomen begriffen. Aber es ist kurzfristig ganz unrichtig, dass die Griechen (z. B.) „die Deutschen“ finanzieren. Kurzfristig kommen Exporte in solche nicht-kompetitive Ökonomien den Konsumenten dort zugute. Aber, dies hat schon Friedrich List im 19. Jahrhundert begriffen: Diese kurzfristigen Gewinne zerstören langfristig ihre Entwicklungsperspektive.

Innerhalb der EU findet eine Arbeitsteilung statt zwischen den Industrie- und den Finanzmächten. Das UK ist der kennzeichnende Fall: es hat nur mehr einen Industrie-Anteil von (gemessen an der Wertschöpfung) knapp 1 Elftel (ohne Bau und E + Wasser).

Die WU hat zu einer Art Nullsummen-Spiel in der EU und in der Euro-Zone geführt. Was die einen gewinnen, verlieren die anderen. Einige Länder, u. a. Österreich und die BRD, gewinnen die Außenhandelsanteile *im Inneren* der €-Zone, welche andere verlieren. Damit steigen die Gewinne der (Außenhandels-) Unternehmungen deutlich.

Wenn hier von "Ländern" gesprochen wird, dann vergessen wir nie: Die Gewinner sind die *Außenhandelsunternehmen*, nicht die Bürger allgemein.

Die Funktionsweise der Euro-Bürokratie: die EZB

Kerninstitution der Eurozone und ihrer Wirtschaft ist die EZB. Das ESZB (Europäisches System der Zentralbanken) umfasst alle EU-

Zentralbanken, die EZB dagegen nur die Zentralbanken der Euro-Länder. Diese dienen als Filialen der EZB, nach dem Vorbild der Regionalbanken des Federal Reserve. Die Behauptung der Juristen, die EZB sei „kein Gemeinschaftsorgan“ – was nach dem Vertrag von Lisabon auch formell nicht mehr gilt – ist zwar Kasuistik, aber eine mit Symbolik: wegen ihrer „Unabhängigkeit“. Offiziell ist ihr einziges Ziel die Preisstabilität. Das entspräche dem alten monetaristischen Dogma und wäre düster genug.

Die EZB war seit ihrer Gründung ganz und gar dem monetaristischen Dogma verhaftet. Das ist die Idee, mittels Geldmengensteuerung das Preisniveau kontrollieren zu können. Dieser Punkt steht strategisch nicht mehr im Zentrum. Doch verbleiben wir einen Moment dabei. Es zeigte sich (*De Grauwe* 2010), dass M3 und die Inflation in so gut wie keinem Zusammenhang stehen. Die EZB folgte aus ideologischen Gründen einer Chimäre, die empirisch nicht haltbar ist. Das Ganze ist nicht neu. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt gab es eine lebhafte Debatte in den USA über M2 und M3 als maßgebliche Geldmengen für die Wirtschaftspolitik. Die Steuerung der Wirtschaft über die Geldmenge setzt voraus: Die Umlaufgeschwindigkeit bleibt gleich oder lässt sich jedenfalls steuern. Denn wenn die Umlaufgeschwindigkeit um die Hälfte sinkt (oder auf das Doppelte steigt), so braucht man für die selbe Masse von Transaktionen / Umsätze doppelt so viel (bzw. beim Steigen: nur mehr halb so viel) Geld. Aber das ist inzwischen schon fast belanglos. Wie schon vorne ausgeführt, gibt es gegenwärtig keine verbindlich definierte Geldmenge, die man zur Steuerung – ob man diese für gut befindet oder nicht – einsetzen könnte.

Diese scheinbar technische Angelegenheit ist wichtig. Denn daran lässt sich erkennen: Der Monetarismus ist nicht eine analytische oder technokratische Aussage. Er ist eine politische Botschaft: Verlasst auch auf den Markt! Das Interesse dahinter ist ebenso simpel: Der Markt spielt im Interesse der Mächtigen und Wohlhabenden.

Das Hauptziel der EG und erst recht der EU war und ist die Freiheit des Kapitalverkehrs. Auch das ist eine politische, eine Machtfrage. Banken betrachten Geld als „Ware“, und zwar als Kapital, als Finanzkapital. Dafür wollen sie einen grenzenlosen Markt. Das war seit eh und je das Geschäft der Banken und ist es auch heute noch. Dazu müssen sie immer neue „Produkte“ einführen. So nennen sie ihre spekulativen Konstruktionen, um sie mit einem positiven Begriff zu decken. Doch Geldströme, welcher Qualität auch immer, haben

Rückwirkungen auf die Wirtschaft. Die ist bei manchen dieser Wett-Chips – denn darum handelt es sich – im Alltag oft kaum mehr zu erkennen. Deswegen wirkt es so grotesk, wenn in Rundfunk- oder Fernseh-Nachrichten Börsenberichte eingeschaltet werden. Es ist auch im Wesentlichen Ideologie. Den Menschen soll suggeriert werden: Das ist der Stein der Weisen. In aller Regel ist dies aber ein Kampf um Gewinne zwischen Mitgliedern der Finanz-Oligarchie, welche die anderen überhaupt nicht berührt.

Aber Geld ist der Regelmechanismus der Marktwirtschaft. So wird eine Fehlfunktion der Geldinstitutionen den realwirtschaftlichen Ablauf beeinflussen und in regelmäßigen Abständen, in den Finanzkrisen, beeinträchtigen. Wenn nach dem Clearing der wahnwitzigen fiktiven Summen einmal ein Saldo fällig wird und einer Großbank den Hals bricht, gibt es nicht nur jede Menge an Anschluss-Insolvenzen. Darüber hinaus hängt Geld, die *allgemeine Leistungserwartung*, vom Vertrauen in die Sicherheit dieser Versprechung ab. Eine Finanzkrise bekommt also schnell einen anderen Charakter als eine realwirtschaftliche Krise. Sie ist nicht selten mit einer Regression auf ältere Geldformen verbunden, auf Papier-Bargeld, auf Warengeld (Gold z. B.), ja auf bestimmte Waren, von denen man Wertbeständigkeit erwartet: Immobilien etwa.

Es wäre Aufgabe der Zentralbanken sowie des Staats, dies zu regulieren und in gewissem Ausmaß zu verhindern. Doch Zentralbanken verstehen sich als Dienerinnen der Banken, nicht als Aufsicht. In Österreich war dies besonders ausgeprägt: Die ÖNB war bis zum BAWAG-Desaster 2007 / 08 Eigentum in der Hand der Banken. Das unbeschränkte Bankengeschäft als Leitideologie der EU führt also zu schweren Krisen und Funktionsstörungen. Dazu kommt noch ideologische Verblendung, indem man, s. o., systematisch den falschen, weil selbst im beschränkten Aufgabenbereich sinnlosen Indikator beobachtet. Das Ergebnis ist die Situation von 2008 sowie die ökonomischen und sozialen Katastrophen in Griechenland, Spanien, Irland und Portugal heute. „Basel I, II und III“ sind weitgehend Augenauswischereien, wie auch die „Stresstests“. Kapitalverkehrskontrollen an nationalen Grenzen aber sind Anathema.

Sie waren es zumindest bis zum Zypern-Debakel 2012/2013. An dem zeigte sich, dass die EU auch über die eigenen Grundsätze springt, wenn es der westlichen Finanzoligarchie passt und sie auch noch einem missliebigen Konkurrenten eines auswischen kann.

Und doch ist diese Kritik in der Euro-Krise mittlerweile fast an die

zweite Stelle zu rücken. Denn in den letzten Jahren hat die EZB eine andere Rolle übernommen. Sie wurde zur Wirtschaftsregierung der EU. Heute sollte man nicht mehr auf die Inflationsbekämpfung als der Hauptkompetenz der EZB verweisen. Man läuft Gefahr, eine Strohfigur zu bekämpfen. Spätestens seit August 2012 ist das Hauptziel der EZB die integrale Erhaltung der Eurozone als Kern des politischen Projekts EU. Zu diesem Zweck setzt sie makroökonomische Indikatoren fest, erzwingt "innere Abwertungen" und versucht, die Fiskal-Ziele Brüssels durchzusetzen.

OMT, die Offenmarkt-Geschäfte der EZB, das Ankaufen von Staatsanleihen entgegen dem geltenden EU-Recht, haben einen vollkommen technischen Anschein. Doch hat Draghi deutlich genug gesagt: Dies ist ein integrales Programm zur Rettung des Euro, und zwar um jeden Preis. Die Vertreter der deutschen Bundesbank stellten sich gegen diese Politik. Was genau passierte, ist unklar. Mit der fehlenden Verantwortlichkeit fehlt auch die Öffentlichkeit. Es war wohl der Versuch, nicht nur das eigene Dogma zu retten, sondern auch einige spezielle deutsche Interessen (siehe unten: Bankenunion).

Technische Details

Entscheidungsorgane sind *Direktorium* und EZB-Rat. „Der EZB-Rat setzt sich aus den sechs Mitgliedern des Direktoriums und den NZB-Präsidenten jener Mitgliedstaaten zusammen, die den Euro eingeführt haben“ (Scheller 2006, 57). Das wird bald nicht mehr richtig sein: Sollte sich zu den derzeit 18 Mitgliedern Litauen oder Schweden oder welches Land immer zum Beitritt entschließen, haben nicht mehr alle Mitglieder Stimmrecht. Auch wird das Stimmrecht gewichtet in zwei Gruppen, die Großen und die Kleinen. Dann tritt nämlich ein ungleiches Rotationsverfahren in diesen zwei Gruppen in Kraft. „Die Mitgliedschaft im EZB-Rat ist personenbezogen und nicht übertragbar, d.h., sie kann nicht an eine dritte Person delegiert werden. ... Die Mitglieder des Direktoriums sind mit den gleichen Rechten und Pflichten in die Beschlussfassung des EZB-Rates eingebunden wie die NZB-Präsidenten und unterstreichen damit den supranationalen Charakter der EZB. Durch die Einbeziehung des Direktoriums wird auch sichergestellt, dass der Sachverstand derjenigen, die für die Umsetzung der Politik der EZB verantwortlich sind, in die Entscheidungsfindung des EZB-Rates einfließt“ (a.a.O.). Der Sachverstand besteht in einer ziemlich einheitlichen monetaristischen Ideologie. Sie führte zu einer simplistischen „+2 %-Politik“: Eine Jahresin-

flation von knapp 2 % wird als wünschenswert betrachtet und soll durch Geldmengensteuerung erreicht werden. Das ist Primitivmonetarismus, der ein bestimmtes Dogma ernst nimmt und es auf M3 anwendet.

Die Fisher'schen Geldgleichung $MV = PT$ wird nach P aufgelöst: $P = MV/T$. Die Idee ist: Die Umlaufgeschwindigkeit V ist gegeben und ändert sich nicht. Da sich T, die Anzahl aller Transaktionen (als Proxy für wirtschaftliches Routine-Verhalten bzw. das gegebene Niveau), von Jahr zu Jahr wenig ändern dürfte, könne man das Preisniveau über die Variation der Geldmenge M steuern. Nicht nur die relevante Geldmenge ist unklar. Auch alle anderen Voraussetzungen sind keineswegs sicher. Es gibt seit Jahrzehnten die *Lucas-Kritik* (Lucas 1976): Man darf wirtschaftliches Verhalten nicht als konstant annehmen, wenn sich die Wirtschaftspolitik bzw. der Kontext ändert. Wenn man einen bestimmten Routine-Zusammenhang, etwa die Phillips-Kurve, den Zusammenhang zwischen hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Inflation, politisch einsetzen will, so ändert sich in der Regel das Verhalten der Menschen, und es funktioniert nicht. Nicht nur V ist nicht konstant; auch T ist eine verdächtige Variable.

Der Rat trifft die meisten Entscheidungen mit einfacher Mehrheit. Er legt die Richtlinien der Geldpolitik, die Geldmenge und die Leitzinssätze fest. Die Aussprachen sind vertraulich, aber der Rat kann die Veröffentlichung beschließen. Er tagt in der Regel alle 14 Tage. Bei Entscheidungen über das Kapital und Einnahmen der EZB entscheidet der Rat mit gewichteten Stimmen. Die Gewichtung richtet sich nach dem Anteil am gezeichneten Kapital; die Mitglieder des Direktoriums haben keine Stimme. Für die qualifizierte Mehrheit sind zwei Drittel des Kapitals und die Mehrheit der nationalen Zentralbanken notwendig. Ein Mitglied des Rats kann nur in schwer wiegenden Fällen und auf Antrag vom EuGH des Amts enthoben werden. Die Probleme, die Sarrazins faktische Entlassung bei der Deutschen Bundesbank verursachten, hätten bei der EZB nicht ausgeht. Die Unverantwortlichkeit ist in der EZB noch besser abgesichert als in den nationalen Instituten.

Die Folgen der Währungsunion

Der Euro ist pures Gift für die beteiligten Gesellschaften. Dies trifft zuvörderst die Peripherie, die besonders vehement in die Währungsunion drängten. Es waren zwei Hebel, über welche der Euro arbeitete: der Kurs und die Zinsen.

Die BRD und Österreich könnten mit einem höheren Kurs als ihn der Euro effektiv für sie hat gut leben. Das zeigte sich in der ständigen leichten Aufwertung vor der Währungsunion. Ihre Entwicklung zog längerfristig gewisse Vorteile aus der „Produktivitätspeitsche“ der höheren Bewertung. Die österreichische Wirtschaftspolitik hatte die Hartwährungs-Strategie durch die Anbindung des Schilling an die DM seit 1979 bewusst gewählt. Das fällt jetzt für diesen Kern weg. Kürzerfristig bringt das den deutschen und österreichischen Exporteuren hohe Gewinne. Das volkswirtschaftliche System weist eine tendenziell steigende positive Leistungsbilanz auf. Man kann es nicht oft genug sagen: Eine positive Leistungsbilanz begünstigt hauptsächlich hohe Einkommen. Sind diese Länder auf dem Weg zum Rentner-Staat? Gemeint ist damit eine Gesellschaft, wo der Außenbeitrag eine gewichtige Komponente des nationalen Wohlstands bei bringt. In der Schweiz macht der Leistungsbilanz-Saldo rund ein Sechstel des BIP aus; für Norwegen stehen die Dinge ähnlich. Auch die BRD hat einen hohen Handelsbilanz-Überschuss. Immerhin macht er im Jahr 2012 190 Mrd. aus bzw. auf einer etwas anderen Berechnungsbasis 149 Mrd.; dem stand ein geringes Defizit in der Dienstleistungsbilanz von knapp 3 Mrd. gegenüber. Dazu kamen noch 64 Mrd. an Einkommen aus Investitionen usf. So weit ist also Deutschland vom Rentnerstaat nicht weg. Eine erhebliche Auswirkung auf stärkere Ungleichverteilung ist nicht in Abrede zu stellen.

Für Österreich könnte die Reise in eine deutsche Richtung gehen. Es hat seine rasante nachholende Entwicklung in den letzten Jahrzehnten vor dem EU-Beitritt mit einer Hartwährungs-Politik erreicht. Die stetige leichte Aufwertung durch die Anbindung an die DM, hat als Produktivitäts-Peitsche gewirkt. Nun hat sich dies geändert. Der Euro wirkt für Österreich wie eine ständige leichte Abwertung. Das bringt den Exporteuren hohe Gewinne. Nicht zuletzt darauf ist die für naive Beobachter erstaunliche Tatsache zurück zu führen, dass Österreich, dem man stets ein „strukturelles“ Außenhandels-Defizit nachgesagt hat, nun in einzelnen Jahren einen Außenhandels-Überschuss erzielt. Aber das wurde nicht gegenüber den bisherigen Haupthandelspartnern, also der BRD, erzielt. Der Überschuss kommt aus den Ländern Osteuropas außerhalb der Euro-Zone. Denn die werten in ihrer selbstschädigenden Politik tendenziell auf. Vom deutschen und Schweizer Bild ist Österreich weit entfernt.

Für Griechenland, Portugal und Spanien, und für Süditalien (aber dies ist eine etwas andere Geschichte) ist der Kurs viel zu hoch, vor

allem im Innern der Währungszone. Italien hat sein „Wirtschaftswunder“ – das Wachstum war höher als in der BRD – drei Jahrzehnte lang mit einer Hochinflation- und Weichwährungsstrategie geschafft. Für eine Wirtschaft mit tendenziell hoher Arbeitslosigkeit hat sich dies schon öfters als sinnvolle Strategie heraus gestellt.

Aber nicht nur der Wechselkurs ist das Problem. Die Staaten können keine eigene Geld- und Wirtschaftspolitik mehr machen. Eine vorübergehende Geldschöpfung z. B. zur Milderung einer Krise wurde für die Länder unmöglich. Auch Kapitalverkehrskontrollen – sowie so Anathema in der EU, bis zur Zypern-Krise jedenfalls – sind technisch innerhalb der WU nahezu unmachbar. Wenn eine Rück-Konversion zu einer eigenen Währung stattfände – was für diese Länder die sinnvollste Politik wäre – , ist es *vorher* unmöglich, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Die Katastrophe bei einer Rückkehr zur eigenen Währung sei unvermeidlich, heißt es. Das ist prinzipiell überhaupt nicht plausibel. Und doch ist mittlerweile Einiges dran an der Behauptung: Die gesamte Politik der EU wurde so aufgebaut; dass eine solche Katastrophe tatsächlich nahezu unvermeidlich wird, zur sich selbst-erfüllenden Prophezeiung.

Neben dem effektiven Wechselkurs spielten die *Zinssätze* eine wichtige Rolle. Einheitliche Zinssätze waren und sind für die unterschiedlichen Situationen völlig inkongruent. Diesmal verhält es sich umgekehrt, wenn man der wirtschaftlichen Orthodoxie folgt: Die deutsche und die österreichische Entwicklung werden durch zu hohe Zinsen im Vergleich zu ihren Möglichkeiten gebremst.

Im Olivengürtel aber sind die Zinsen drastisch gesunken, und zwar bereits in den 1990er Jahren, deutlich vor dem offiziellen Start der WU 1999. Die *Bail out*-Erwartung der Banken war schon damals gegeben: Wenn es schief geht, werden die Kern-Länder die Peripherie heraus hauen. Auch die Inflation sank nach einem ersten Teuerungsschub in diesen Hoch-Inflationländern erkenntlich. Diese Länder bekamen somit mehr Kredite zu besseren Bedingungen. Dies hat das Wirtschaftswachstum für eine Reihe von Jahre tatsächlich beschleunigt. Griechenland hatte 2000 – 2007 eine jährliche Wachstumsrate von 4,27 %; Spanien: 3,61 %; Portugal allerdings nur 1,48 %; gegenüber BRD 1,53 %; Österreich 2,36 % und der Euro-15-Raum 2,15 %. Mit den niedrigen Zinsen und der *bail out*-Erwartung seitens der Kreditgeber konnte man, privat wie staatlich, plötzlich wesentlich mehr Kredite aufnehmen.

Das wäre durchaus erfreulich. Aber es hat sich als *Incentive* und als

Symptom einer Blasenbildung, nicht einer nachhaltigen Entwicklung erwiesen. Die griechische Wirtschafts- und Produktionsstruktur ist jene eines Schwellenlandes (Brenke 2012). Auf diese Dritte-Welt-Struktur setzte man nun die Konsumstruktur eines hoch entwickelten Landes. Bereits die EU-Beihilfen haben in diese Richtung gewirkt. Sie konservierten die alten, quasi-feudalen Strukturen. Die Einführung des Euro hat dies zur regelrechten *Entwicklungs-Falle* gemacht. Zum einen hat sie den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Industrie behindert. Zum anderen hat sie diese Falle in der Wahrnehmung der Bevölkerung eine Zeitlang überdeckt. Mit der scheinbaren Wohltat der niedrigen Zinsen floss nicht nur, aber in starkem Maß, über die Regierung und ihre klientelistische Politik Geld ins Land. Das führte zu einer starken Ausrichtung auf und Abhängigkeit vom Import. In diesem Sinn, und nur in diesem, ist der ideologisierte Spruch richtig, dass „die Griechen über ihre Verhältnisse gelebt“ hätten.

Die Entwicklung nahm somit vorerst einen deutlich anderen Weg, als man es sich auf dem ersten Blick erwarten konnte. Das gilt für beide Perspektiven, die Euro-freundliche wie die kritische. Der Handel stieg im €-Raum nur geringfügig. Insofern hat sich die Einheitswährung als Illusion der ökonomischen Traumbücher erwiesen. Aber die schlecht entwickelten Länder *profitierten kurzfristig* von der Aussicht auf die €-Einführung und zahlen langfristig teuer dafür. Sie hat für diese Länder auf hinterhältige Weise gewirkt. Sie gerieten noch stärker in die Abhängigkeit, als sie es vorher schon waren.

Die Propagandisten der Währungsunion hatten argumentiert (Frankel / Rose 1998): Innerhalb der WU stellt sich die notwendige Kohärenz von selbst ein: Es kommt zu stärkeren Handelsströmen, zur Finanzmarkt-Integration. Damit entstehe ein „Versicherungs-Mechanismus“ gegen „externe Schocks“. Sie schienen recht zu behalten – kurzfristig! Allerdings ging es *nicht* um „Schocks“ (was immer dies sei). Der € brachte kurzfristig günstigere Bedingungen durch Kostensenkung bei der Finanzierung von Investitionen ebenso wie von staatlichen Defiziten. Als der „Schock“ kam, die Finanzkrise 2008 und die von ihr induzierte Industriekrise, erwies sich die WU mehrfach als *Falle*. In der Vergangenheit hatte sie zu verfehlten Investitionen sowie zur Überschuldung eingeladen. In der Gegenwart wurde sie zur Falle, weil sie nur mehr die Wahl zwischen Pest und Cholera zulässt: zwischen enorm aufgeblasenen Schulden durch neue Kurse im Falle eines Austritts – und der ist unvermeidlich, wenn die Län-

der wieder auf die Füße kommen wollen; und auf der anderen Seite einer vom Vereinigten Wirtschafts-Direktorat EU – IMF verordneten abgrundtiefen *Deflations-Krise*. Auch für die Bevölkerungen der starken Länder wird dies zur Rosskur werden. Der „haircut“ kommt. Neben den griechischen und spanischen Banken wollen dann auch die italienischen, die französischen und britischen und ... und ... Banken und Unternehmen „gerettet“ werden.

Der Euro – eine Wachstumsbremse

Die etablierten Ökonomen in den Wirtschaftsforschungsinstituten der starken Ländern jubeln den Euro zum Wachstums-Motor hoch. Tatsächlich braucht man nur die Wachstumsraten bei aller Fragwürdigkeit ihres Aussagewerts in den 1980ern und 1990ern mit denen von heute zu vergleichen. Der € erwies sich gegen die fast einhelligen Aussagen als veritable Wachstumsbremse. Gebremst wurde das Wachstum vor der Etablierung des Euro durch die parallelisierten Ansätze einer Austeritätspolitik. Dabei fiel dieser Knick geringer aus, als man erwarten konnte. Denn die Blasenbildung im Oliven-Gürtel beflügelte die Exporte der Kernländer.

Die BRD war in den 1990ern mit dem Anschluss der DDR beschäftigt und gebremst. Zum Handkuss kam der größere Teil der arbeitenden Menschen. Eine Reihe der größeren Unternehmen allerdings erzielte enorme Gewinne durch die "Abwicklung" des ostdeutschen Staats. Auch nicht wenige der Intellektuellen und anderer oberer Mittelschicht-Angehöriger zählten zu den Gewinnern, als *carpetbagger*: Im Osten wurden viele, viele Jobs neu besetzt, in den Universitäten, in der Bürokratie. Trotzdem: Die Einvernahmung der DDR erzeugte eine schleichende Krise. Die BRD hat jetzt ihr eigenes „Mezzogiorno“-Problem. Österreichs Exporteure naschten bei diesem Prozess mit und gehörten zu den Gewinnern der deutschen Einigung. Erst danach sanken die Zuwachsraten auf die Hälfte der Werte von vorher. Damals begann sich auch der Wanderungs-Saldo Österreich – BRD zu drehen. Über Jahrzehnte gingen mehr Österreicher in die BRD als umgekehrt. Heute ist das Gegenteil der Fall. Dies hat allerdings nur am Rande mit dem Euro zu tun.

Die angeblichen Vorteile der Währungsunion für die Bevölkerung aber sind fiktiv: „Preistransparenz“ ist ein Witz; niemand fährt am Wochenende von Berlin nach Griechenland, um billiges Gemüse einzukaufen. Oder sie sind reine Behauptungen, die bei näherem Zusehen verschwinden: Die „Transaktionskosten“ (Kosten des Wäh-

rungstauschs) spielen bei Außenhandelsbeziehungen real keinerlei Rolle als Bremse des Handels (*Jacks u. a.* 2008) – einmal abgesehen davon, dass Handel als solcher ja wohl kein Wert ist. Aber das war einer der häufigst vorgeschobenen Gründe. Es geht noch trivialer: In einen Artikel vor rund einem Jahrzehnt im Wochenblatt „Profil“ meinte ein Journalist: Wie großartig sei doch die Währungsunion – als Journalist müsse man oft reisen, und da sei das lästige Wechseln jetzt vorbei...

Die „zweite Welle der Globalisierung“, die Zeit seit 1950, sieht das Ergebnis der starken Zunahme des Welthandels nicht mehr erstrangig in der Folge von Senkungen der Handelskosten, z. B. der Transportkosten, wie die „erste Welle“ von 1870 – 1914. Es ist ein *Luxemburg-Effekt*: Das Wachstum der Wirtschaft führt zur zunehmenden Kommodifizierung aller Bedürfnisse und Leistungen im Innern der hoch entwickelten Staaten ebenso wie als Integration der schlecht entwickelten Regionen. Das Ziel der westlichen Politik ist ein *einheitliches, aber differenziertes Weltsystem*. Dem soll ein *politisches Direktorat* entsprechen. Der Aufbau des Super-Imperialismus läuft über den Aufbau regionaler Imperien, über den Aufbau von Supra-Imperialismen. Ich nenne dies den „Luxemburg-Effekt“, weil *Rosa Luxemburg* 1913 ihn in zwar formal fehlerhafter, aber inhaltlich wesentlicher Weise als Triebkraft des Imperialismus ihrer Zeit erkannt hat: Der Kapitalismus versucht im globalen Maßstab seine Krisen dadurch zu überspielen, dass er immer mehr Gebiete in seinen Bereich einbezieht. Eine Automatik des Zusammenbruchs ergibt sich daraus aber keineswegs. Das ist eine Frage der *politischen* Ökonomie, des politischen Handelns.

"Bankenunion"

Ein wesentlicher Widerspruch in der EU ist jener zwischen der Bürokratie als Machtapparat und den Ansprüchen des Kapitals, möglichst ungehindert seinen Weg gehen zu wollen.

Der Streit um die "Bankenunion" ist aufschlussreich. EZB und EC kämpften verbissen um die Kompetenz für eine zentrale Aufsicht und die "Abwicklung", eine Art Insolvenzverfahren gescheiterter Banken. Mittlerweile ist dies beschlossene Sache. Im Sommer 2013 wurde die *Einheitliche Bankenaufsicht* entworfen (SSM: Single Supervisory Mechanism) und im Dezember 2013 der Einheitliche Abwick-

lungsmechanismus (SRM: Single Resolution Mechanism)⁴. Der nächste Schritt ist die gemeinsame Haftung. Im Moment versucht die Kommission abzuwiegen: Diese Beschlüsse bedeuteten keine gemeinsame Haftung; auch nationale Einlagesicherungen würden nicht angetastet...

Bei der Einrichtung dessen gab es „enormen Widerstand nationaler Behörden gegen Eingriffe in ‚ihre‘ nationalen Bankenprobleme... In der Realität beschützen die nationalen Behörden, um es in die Worte eines langjährigen europäischen Aufsehers zu fassen, ihre nationalen Banken, als wären es ihre Babys“ (NZZ, Juli 2012: Der neuen europäischen Aufsicht droht Zahnlosigkeit). Worum geht es? Ein Grund für EZB und EC, diese Kompetenzen an sich zu reißen, ist natürlich das allgemeine Interesse an Zentralisierung gerade auf einem Gebiet, welche die EU als ihren Kern betrachtet. Aber man muss es spezifischer sehen. EZB und EU betrachten sich als den eigentlichen ideellen Gesamtkapitalisten auf übernationaler Ebene. Die nationalen Regierungen hingegen agieren, als ob sie die STAMOKAP-Kapitel aus alten DDR-Lehrbüchern Eins-zu-Eins in die Wirklichkeit umsetzen müssten: Sie gerieren sich als direkte Handlanger ihrer nationalen Finanzkapitale. Diese "unheilvolle Verbindung zwischen nationaler Politik und nationalen Bankensektoren"⁵ bricht die EU-Bürokratie nun auf.

⁴ VERORDNUNG (EU) Nr. 1022/2013 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 22. Oktober 2013 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde) hinsichtlich der Übertragung besonderer Aufgaben auf die Europäische Zentralbank gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 VERORDNUNG (EU) Nr. 1024/2013 DES RATES vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank. – Der SRM wird im Wesentlichen dem Vorschlag der Kommission entsprechen: Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten, etc.

⁵ Philip M. Hildebrand in NZZ, 25. Sept. 2013. – Es ist wirklich amüsant zu sehen, wer hier spricht. Der ehemalige Präsident der Schweizer Nationalbank wurde Anfang 2012 wegen seiner zu großen Nähe zur Korruption zum Rücktritt gezwungen und ist nun Vizepräsident des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock.

Zum Widerspruch zwischen Bürokratie und Kapital kommt also ein zweiter, schwächer und weniger gut sichtbar: jener zwischen der Brüsseler Bürokratie und Teilen der nationalen Bürokratien. Die verstehen sich als Exekutionsorgane „ihrer“ nationalen (Finanz-) Kapitalien. Wir haben vorne, metaphorisch, darauf als „französischen“ und „deutschen“ Weg verwiesen. Der parastaatliche liberale Machtapparat möchte am liebsten selbst die Politik bestimmen. Das politische Machtzentrum nimmt aber für sich in Anspruch, es besser zu wissen. Er stellt den Allgemeinwillen dar – die *volonté générale* des Kapitals. Es will also die Kontrolle nicht aus der Hand geben. Allerdings weiß auch der größere Teil des Kapitals, was es an diesem politischen Apparat hat.

ESM

Diese im Vergleich zu den nationalen Apparaten zahlenmäßig kleine Bürokratie setzt sich als neue Herrschaftsgruppe gegen die nationalen Mitglieder durch. Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und auch Italien haben die Wirkung des Euro zu spüren bekommen. Alle Welt sieht die Folgen. Die Reaktion auf Kritik aber ist: „Mehr vom selben“. Es ist schwer, nicht Verschwörungs-Theoretiker zu werden! Dies passt alles zu gut in die Absichten der europäischen politischen Klasse. Mervyn King, Gouverneur der Bank von England, hat es ausgesprochen (vgl. *Telegraph*, 17. Feber 2010). Ein Vertreter des britischen Kapitals neidet diese „politische Kohäsion“ der Eurozone. Vorwärts zum bürokratischen Staat! Die Krise wird in dieser Politik bewusst genützt. So meinen plötzlich auch Ökonomen wie *Mundell*, wenn sie über die Währungsunion sprachen: Die Wirtschaft sei gar nicht so wichtig.

Der ESM (*European Stability Mechanism*) als Folgeprogramm des EFSF (*European Financial Stability Facility*, der "Rettungsschirm", ist das *bail out*-Programm der Finanzoligarchie. Das ist ein *Programm zur vollen Entmündigung der Mitgliedsstaaten*. Es wird vorerst an Griechenland, Portugal und Irland erprobt. Der Beschluss der Eurogruppe vom 28. November 2010 (etwas variiert in der Presseaussendung vom 1. Dezember 2010) hält fest: In Hinkunft wird systematisch *bail out* stattfinden. Das wird verknüpft mit „stringenten Programmen ökonomischer und fiskalischer Anpassung“ im Rahmen „striker Konditionalität“ bei „strenger ökonomischer Überwachung“. Das war auch die Botschaft Mario Draghis vom August 2012. Mit dem OMT ("Out-right Monetary Transactions" – Staatsanleihen-Ankaufs-Programm)

gelang ihm ein fast unerwarteter zeitweiliger Erfolg. Die Finanz-Oligarchie vertraut ihm.

„Europäisierung“

„Europäisierung“ ist die Zusammenfassung der Politik des Brüsseler Zentrums, der Kern dieser Politik. Sie will die Ziele der Bürokratie von oben nach unten in den einzelnen nationalen Mitgliedsstaaten durchsetzen. Es ist gleichzeitig der Prozess und das Ergebnis dieser Politik. Es ist die supranationale Parallele zum Nationenbau des End-19. und des Anfang-20. Jahrhunderts. Der Nationenbau war aus der Sicht der breiten Bevölkerung eine *top down*-Politik. Das ist also nicht der kennzeichnende Unterschied zu heute. Damals wie heute wurde diese Politik von Oberschicht- und Mittelschicht-Gruppen getragen, in einer „bottom up-Bewegung der Gutgestellten. Diese Schicht ist heute breiter als damals. Der Unterschied liegt anderswo.

(1) Damals diente nationale Identität als Fetisch zur Legitimierung; sie behauptete die Identität einer breiten Trägerschaft mit dem Staat.

(2) Das wiederum förderte einen Prozess, der tatsächlich eine breitere Beteiligung brachte. Heute geht der Prozess in die andere Richtung, und das ist der entscheidende Punkt.

(3) Schließlich geht es um die historische Stelle im Pfad des Staatsaufbaus: Administration als Diensteanbot – „Penetration“ durch Infrastruktur und soziale, „öffentliche Güter“ – galt noch nicht als Staatsaufgabe und war dementsprechend wenig ausgebaut. Heute hingegen kann man das Dienste-Anbot seitens des Staats nicht ganz zurückfahren. Aber die Leistungen werden ganz umgemodelt. Das Ergebnis ist die EU-Politik "gegen Armut und Ausgrenzung".

„Europäisierung“ ist der kapillare Aufbau des supranationalen Staats unter der Kontrolle der Zentralbürokratie und mit Kollusion der nationalen politischen Klassen.

Auch bei der Analyse der WU sind rein technische Begriffe unzulänglich. Bis heute steht hinter dem Funktionieren von Staaten auch ein bestimmtes hohes Pathos. Noch ist dies für die staatliche Effektivität unentbehrlich. Um dieses Pathos kämpft die EU seit je; man hat den Eindruck: mit immer geringerem Erfolg. Die Währung eines *Nationalstaats* ist daher politisch nicht dasselbe, wie das, was die WU eines supranationalen Staats bringt. Beim Umstieg gibt es regelmäßig Klagen aus der Bevölkerung: Ein Stück nationaler Identität gehe verloren. Die Währung von Nationalstaaten trägt immer auch die

Staatsymbolik mit. Die technischen Bedingungen allein, die Banken-Union, die Fiskal-Union, die Transfer-Union, garantieren den Erfolg keineswegs. Geld ist ein politisches Phänomen, abhängig von den politischen Arrangements und der politischen Symbolik. Dazu gehört in der Moderne auch und nicht zuletzt die politische Kultur und die von ihr erzeugten politischen Mentalitäten der diversen Klassen. Solange noch das allgemeine Wahlrecht eine Wirkung zeigt, wird der supranationale Staat nicht jenes Pathos bekommen und jene Identifizierung erzeugen, welche der Nationalstaat noch erweckt. Nicht zuletzt deswegen kämpfen die politischen Eliten so sehr um die integrale Erhaltung der Eurozone.

Doch ist dieses nationale Pathos mit der *Plebeisierung des Staats* im Schwinden. Staat wird immer stärker zu einer Kosten-Nutzen-Rechnung der Staatsbürger aller Klassen. Warum sollen Deutsche oder Österreicher "die Griechen retten"? Überdies ist den Meisten inzwischen klar: Es geht um die Gewinne von Banken bzw. ihrer Großeinleger, nicht um die Bevölkerung. Zypern hat dies drastisch belegt.

Eine Schlüsselrolle spielt die BRD. Die deutsche Bundesregierung betrachtet die EU-Kommission als ihren verlängerten Arm. Sie soll regional das durchsetzen, was sie sich, insbesondere als Vertreterin des Export-Kapitals, wünscht. Aber hier treten Widersprüche auf. Gerade aus der CDU / CSU kommen Widerstände gegen diese „Europäisierung“ der deutschen Politik. Sie sind in einer Mischung von Motiven begründet:

► Die „Mir-san-mir“-Mentalität nach US-Vorbild, die Arroganz der Macht also, ist eher unter deutschen Parlamentariern verankert als in der Regierung. Die EU soll funktionieren. Gleichzeitig arbeitet sie aber nicht immer ganz nach BRD-Wunsch. Kompromisse sind nötig. Die provinzielle mittlere Ebene will die EU als übernationales Instrument, möchte sich aber selbst von den Verpflichtungen ausnehmen.

► Insbesondere will die BRD – Regierung, Bundesbank und Parlament – bei anderen Staaten mit aller Macht einen ausgeglichenen Haushalt durchsetzen. Sie ist bereit, dafür Wachstumsbruch und schwere Krisen in Kauf zu nehmen. Kurzfristig ist dies verständlich. Die BRD trägt zu einem erheblichen Ausmaß die unmittelbaren Kosten der Konstruktion EU. Sie will also einerseits die Währungsunion; denn die ist für das deutsche Export-Kapital die Gelegenheit schlechthin. Doch die verschafft den schwächeren Staaten Zahlungsbilanzdefizite und Haushalts-Probleme. Aber diese Defizite will die deutsche Oligarchie nicht begleichen.

Aber auch Österreich hat nach Stand April 2012 rund 4 Mrd. bar einzubezahlen und weitere 35 ½ Mrd. an Garantien und Ähnlichem verfügbar zu halten (ESM, IWF-Kredite, Target). Das ist etwa die Hälfte des Bundeshaushalts. Was sich hier abzeichnet, sollte allen klar sein.

„Europäisches Semester“

Die europäische Bürokratie nutzt die Krise für ihren Machtausbau. Klar wird die künftige Politik in einer „Verordnung (EU) Nr. 1177 / 2011 des Rats vom 8. November 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) 1466/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit“ und an anderen vergleichbaren Verordnungen und Entwürfen. Sie haben mittlerweile Rechtskraft. Die im Titel des Entwurfs zitierte Verordnung ist jene, die das „Maasricht-Programm“ und seine Überwachung enthält. Hier greift Brüssel in Hinkunft massiv in die nationale Politik ein. Gewichtige Strafzahlungen werden angedroht – absurd, weil solche Zahlungen Staaten mit Schwierigkeiten noch tiefer in diese hineinstoßen werden.

Man hört ständig die Klage, die Verhältnisse seien so komplex, dass ein gewöhnlicher Mensch dies Alles unmöglich durchschauen könne. Sieht man sich diese Texte im Detail an, so ist das Ganze durchaus verständlich. Aber es ist eine bürokratische und langweilige Sprache, die von vorneherein enorm abschreckt. Das ist beabsichtigt. Soweit diese Sprache gesetzestech-nisch bedingt ist – auch die Legistik hat ihre eigene Fachsprache – haben wir die Parallele auch auf nationaler Ebene. Doch der fundamentale Unterschied ist: Auf nationaler Ebene gibt es eine ständige Debatte über all dies. Nicht zuletzt müssen die Abgeordneten der nationalen Parlamente in irgendeiner Form ständig Kontakt mit Teilen ihres Elektorats halten. Die Zeitungen bieten eine kontinuierliche Berichterstattung an. Diese Form der Öffentlichkeit fehlt auf EU-Ebene.

Die EU-Finanzminister haben am 7. September 2010 das "Europäische Semester" beschlossen. Die Mitgliedstaaten müssen künftig ihre langfristige Finanzplanung jeweils im Frühjahr an Brüssel melden. Die nationalen Haushalte dürfen erst nach einer EU-Stellungnahme verabschiedet werden. Wieder taucht der übliche Jargon auf: Ziel sei es, Widersprüche und drohende Ungleichgewichte in der Haushaltsplanung früh zu erkennen und zu verhindern.

Die "Task Force on economic governance" (*Arbeitsgruppe "Wirtschaftsregierung"*) steht unter der Leitung von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy. EU-Währungskommissar Olli Rehn erklärte, es

gehe bei dem Verfahren um eine "vorbeugende Budgetüberwachung". In der Praxis werde das Europäische Semester die Prozesse im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Grundzüge der Wirtschaftspolitik in der EU angleichen. Es werde unter anderem den Einklang mit der Haushaltsdisziplin, der makroökonomischen Stabilität und der Wachstumsstrategie "Europa 2020" fördern.

Der Zyklus beginnt im Januar mit einem Kommissions-Gutachten zum Wirtschaftswachstum ("Annual Growth Survey" / AGS). Darin überprüft die Behörde die wirtschaftlichen Herausforderungen für die EU und die Eurozone. Das Gutachten wird dem EU-Parlament vorgelegt.

Die Mitgliedsstaaten legen dann im April ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und ihre nationalen Leistungsabbauprogramme der Kommission zur Bewertung vor. Der Rat kann schließlich im Juni und Juli auf Grundlage der Einschätzungen der Kommission länderspezifische politische Handlungsempfehlungen abgeben. Zur Abschätzung der „Stimmung“ ist folgendes Zeitungs-zitat nützlich:

„Eine klug ausgestaltete Schuldenbremse stellt am ehesten sicher, dass der Staatshaushalt über den Konjunkturzyklus mehrere Jahre hinweg ausgeglichen ist. **Die Überwachung müsste durch transnationale unabhängige Expertengremien gewährleistet werden, die die Regulierung der Fiskalpolitik der Staaten übernehmen.** Diese Aufsichtsgremien könnten z. B. für die Eurozone beim ESM und für andere Staatengruppen beim IMF angesiedelt werden. ... Die Botschaft muss heißen: Jetzt hat die Entziehungskur begonnen“⁶

So deutlich hat es noch kaum jemand gesagt: *Die Demokratie muss weg.* Die Politik muss von „Experten“ ersetzt werden.

Wir kennen ähnliche Programme des 19. Jahrhunderts gegenüber dem Osmanischen Reich und Ägypten und im späten 20. Jahrhunderts gegenüber Entwicklungsländern. Nun richtet sich der Befehl an die Adresse des eigenen Clubs. Er ist stärker formalisiert. Die CACs (*collective action clauses*) sind international bereits seit 2003 als Teil von Kreditverträgen üblich. Es hat sie faktisch auch vorher schon gegeben („Pariser Klub“; „Londoner Klub“): Durch Mehrheitsbeschluss können auch gegen den Willen einzelner Schuldner Umschuldungen durchgeführt werden. Jetzt sollen sie allgemein in Kreditverträge aufgenommen werden. Der ESM beansprucht Vorrang bei der

⁶ Klaus F. Zimmermann, Warum wir eine globale Schuldenbremse brauchen. In: NZZ, 3. November 2011 (Zimmermann war zu dieser Zeit Chef des DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung).

Schuldtilgung, aber nach dem IMF! Der ESM, die EZB und die EU treten formell als europäischer Gesamtkapitalist auf.

Spiegel, 5. August 2012
[Italiens] Premier Monti empfahl im SPIEGEL-Interview den Regierungschefs, sich ihre Handlungsfreiheit auch gegenüber den eigenen Parlamenten zu bewahren: "Wenn sich Regierungen vollständig durch die Entscheidungen ihrer Parlamente binden ließen, ohne einen eigenen Verhandlungsspielraum zu bewahren, wäre das Auseinanderbrechen Europas wahrscheinlicher als eine engere Integration." Also: Leuchtet den Parlamenten heim!

Die heutigen „Problemstaaten“ sind die Versuchskaninchen. Gerichtet ist die Übung als Disziplinierungsmittel noch stärker gegen größere zentrale Wirtschaften. Sie sollen vorweg diszipliniert werden: mit der Drohung der Entmündigung. Der Kampf gegen die Staatsschuld dient dazu, den Abbau des Sozialstaats einzuleiten. Der geht in einzelnen Staaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit vor sich. Voll Stolz verkünden arrogante Funktionäre der EU: Wir prüfen in Hinkunft nicht nur die Zahlen, also: ob die berüchtigten Kriterien eingehalten werden; wir prüfen auch die politischen Inhalte des Staatshaushalts!

Die Lissabon-Strategie hatte das explizite Ziel, die EU zum „wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum“ der Erde zu machen; in der Chruschtschow'schen Terminologie: „die USA einholen und überholen“. Strukturell war sie der Versuch, stärker mit politischen Mitteln und mit der Förderung des Politik-Lernens zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten die Ziele der EU-Elite durchzusetzen. Der neue Staatsaufbau sollte hegemonial in den Führungsschichten von Politik, Bürokratie und Wirtschaft angegangen werden. Gut bürokratisch hatte sogar dieser informelle Prozess einen formellen Namen: *Offene Methode der Koordination*. Auf Grund der derzeitigen Krisen wird das Ergebnis EU-intern kritisch gesehen, als Misserfolg. Daher soll nun wieder die direkt bürokratische Methode eintreten, und die "offene Methode" ist weitgehend verschwunden. Die „Europa 2020-Strategie“ will sich nicht mehr auf den Willen der nationalen Eliten verlassen. Nun soll die bürokratische Steuerung mit „Verwarnungen“, Sanktionen und Richtlinien wieder zum Zug kommen (z. B. Becker 2011). Es ist Bürokratismus pur, die Bürokratie als unverantwortliches Herrschaftssystem.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der Euro verkörpert zwei konservative Revolutionen: Die eine besteht in der *monetaristischen Reaktion* gegen die keynesianische Politik der zwei Jahrzehnte von 1955 – 1975. Die andere, wesentlich weit- und folgenreichere, ist der Aufbau eines bürokratischen Imperiums, strukturiert nach Zentrum und Peripherie, in Europa.

Die *monetaristische Reaktion* richtete sich gegen die politische Steuerung der Ökonomie. Die keynesianischen Ambitionen einer Feinsteuerung erwiesen sich Ende der 1970er, nach zwei „Ölschocks“ 1973 und 1979, als überzogenen. Sie konnten die globalen sozio-ökonomischen Transformationen („Störungen“ sagten die Ökonomen) nicht bewältigen. So war der Keynesianismus selbst leicht als Misserfolg darstellbar. Die französische Erfahrung schien der beste Beleg. Ein Nachfrageschub am Anfang der SP-Regierung führte zum Kippen der Leistungsbilanz. Dieses Paradigma schien nicht zu funktionieren. Die ersten, welche eifertig daraus die Schlüsse zogen, waren die französischen Sozialdemokraten selbst, Mitterand und sein Erfüllungsgehilfe Delors. Der setzte den Paradigmenwechsel auf EG-Ebene durch. Dort hatte er ohnehin schon längst seine Vorkämpfer. In der Zweiten Nachkriegszeit hatte man Rezessionen und Depressionen mit staatlicher Nachfragestimulierung bekämpft. Heute heißt das Rezept: Wir provozieren eine tiefe Depression durch radikale Nachfrage-Kompression. Nur so können wir "Reformen" durchsetzen.

Aber mittlerweile geht die Furcht vor dem Zusammenbruch des Euro um. Was heißt dies konkret? Es ist eine Mischung aus realen, berechtigten Sorgen um das Geldsystem und aus selbständig gewordenen Ideologemen. Warum fürchtet man gerade um den Euro? Warum nicht vor 1999 um die Lira oder das Pfund?

Die Euro-Krise ist eine *politische* Krise. Es ist eine *Krise des politischen Modells der EU*. Sie, das supra-nationale bürokratische Imperium, will die Einheitswährung Euro als eiserne Faust einsetzen: Mit dem Euro will sie neoliberale Disziplin im Zentrum und im ersten Kreis der Peripherie, im Mittelmeer-Raum sowie im europäischen Osten, erzwingen. Die Krisen im Olivengürtel sind nunmehr eine riskante Angelegenheit geworden:

Die politische Klasse versucht, ihr politisches Projekt, das EU- und Euro-Imperium zu retten: Und sie versucht die Krise der Staatsverschuldung in der Peripherie zu nutzen, um das Imperium weiter

auszubauen und seine bürokratische Struktur zu stärken, unumkehrbar zu machen. Ihre Chancen stehen nicht schlecht. Sie hatte aber auch schon einen besseren Stand.

„So trafen sich die wichtigsten deutschen Anleger „under the auspices of the German Finance Ministry“ schon ein Jahr zuvor [vor dem „Rettungspaket“ des 7. Mai 2010 – Anm. des Verf.] im Berliner Hotel Adlon, um das Risiko auszuloten. Man war sich rasch einig: Gerade weil Staatsbankrotte drohten, sei die Anlage in gefährdete Staatspapiere hoch rentabel, könne man sich doch auf ein bail out der EU – also ein Einspringen der Staatengemeinschaft – verlassen. Das Panel „German fixed income investors in unchartered territory: a road map“ etwa war einhellig der Meinung, dass sich der Kauf maroder Staatspapiere auf jeden Fall lohne, weil im Ernstfall die EU intervenieren würde. Der vorsichtige Hinweis des Verfassers auf das no-bail-out-Gebot der Verträge löste unter den Panelisten (MEAG Munich Ergo, Lupus alpha, DWS Investments und McKinsey & Company) Heiterkeit aus“ (Abelshausen 2011).

Die Handlungsspielräume unterliegen stets materiellen Beschränkungen, und zwar durch die gegebenen Ressourcen. Das ist die weniger dogmatische und apodiktische Umformulierung der alten Aussage: „Die Basis bestimmt den Überbau“. Die wichtigste Beschränkung resultiert aus der *gesamtwirtschaftlichen Produktivität*. Diese ist auch heute zwischen entwickelten Ländern mit hoher Kapital-Ausstattung noch immer deutlich unterschiedlich. Das hängt mit der unterschiedlichen Zusammensetzung des „Nationalprodukts“, des BIP, zusammen. Die ist wiederum u. a. abhängig vom Stand der Entwicklung und von der Position im Weltsystem. Nach außen äußert sich dies bzw. vor allem die Änderung in den *terms of trade*.

Es war eine „geniale“ Idee von Ökonomen, sich über diese Beschränkungen hinwegzuschwindeln, indem man mit einer WU die *terms of trade* festschreibt – nichts anderes heißt die Behauptung, eine WU „endogenisiere“ die Bedingungen. Doch dies gelingt nur kurzfristig.

Und die politischen Konsequenzen?

Das Hauptproblem der Finanzoligarchie und der politischen Eliten andererseits ist derzeit: Sie versuchen, möglichst viel vom Kleingeld des Finanzkapitals, zu retten *und* gleichzeitig das politische Projekt EU. In den letzten Jahren lief eine Umschuldung, die beim kommenden Schuldenschnitt die Gläubiger-Banken vollkommen entlastet und den Gesamtverlust auf die öffentlichen Hände überwälzt.

Dieses Ziel kommt dem anderen, dem strategischen, in die Quere. Denn die Bevölkerung begreift dies einigermaßen. Damit bringt die europäische politische Elite einen großen Teil der Bevölkerung massiv gegen sich und ihr Projekt auf.

Die europäische Linke ist marginalisiert. Gegenwärtig werden nur mehr Rechtspopulisten als effiziente Gegner dieser Politik wahrgenommen. Das ist ein allgemeineres Problem. Die Linke war stets und ist heute noch mehr eine Intellektuellen-Bewegung. Der EU-Widerstand aber ist, wie plebeischer Widerstand fast immer, *anti-intellektuell*. Das ist die eigentliche Dialektik der modernen Geschichte.

Die Konsequenz des Neoliberalismus: Zurück zum Zensus-Wahlrecht des 19. Jahrhunderts

"Pessimisten fürchten demokratische Mehrheiten, die sich aus Empfängern von staatlichen Transferleistungen zusammensetzen und im Namen der 'sozialen Gerechtigkeit' ihre Leistungseliten enteignen und so die Basis des Wohlstands zerstören. Der slowakische Reformler Richard Sulik plädiert deswegen gar für eine zweite Parlamentskammer, in der die Stimmen ihrer Wähler mit deren Steueraufkommen gewichtet würden." – NZZ, 28. Mai 2013

*"Die Finanzaristokratie, in ihrer Erwerbsweise wie in ihren Genüssen, ist nichts als die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf der Höhe der bürgerlichen Gesellschaft."
Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, 1849/50. MEW 7, 15.*

Die Lösung wird Elemente einer *Renationalisierung* beinhalten. "Nationalismus" wurde unter deutschsprachigen Intellektuellen ein absolutes Un- und Schimpfwort. Wer das sagt, steht langsam in einer Kategorie mit den Antisemiten und Nazis. Das nennt man funktionierende Hegemonie. Man sollte vor Nationalismus als Begriff und als Faktum keine Angst haben. Die *Nation* war eine Form, in der sich Parlamentarismus und schließlich Demokratie entwickelt hat. Noch heute sind jene in der Dritten Welt, die vor einem unvollendeten Staatsaufbau stehen und ihn demokratisch wollen, gewöhnlich auch Nationalisten. Freilich muss man sagen: Diese Renationalisierung wird ihre Grenzen haben. Zum einen braucht die hoch entwickelte Gesellschaft *neue Formen der politischen Organisation*. Zum Anderen gibt es keinen Grund, sich nun auf die Nation zu beschränken, nur weil die Oligarchie und ihre Sprachrohre sich als Internationalisten

gebärden. Die Linke darf sich ihre Konzepte nicht von anderen aufzwingen lassen, in keine Richtung.

Die Einsicht, dass es materielle Beschränkungen gibt, wurde von Ökonomen und ihren Kleinhändlern in der Journalistik in zwei ganz und gar ideologische Behauptungen umgebogen:

(1) Ökonomische Institutionen sind ewig und unveränderbar. Es hat immer Zins gegeben, und es wird immer Zins geben. – (2) „There is no alternative!“ Es gibt jedoch immer politische Alternativen. Gerade die Währungsunion und ihr technisch-politischer Fehlschlag zeigt dies.

Der politische Widerstand: schwach – aber zunehmend?

Ausgerechnet die Bürger jener Volkswirtschaften, die sich aus ihrer Wettbewerbsfähigkeit heraus die Einheitswährung zumindest mittelfristig leisten könnten (der alte D-Mark-Block und Frankreich), zögerten, leisteten Widerstand oder blieben draußen (Dänemark, Schweden). Dieser Widerstand kam vor allem aus der konservativen Ecke. "Die Linke", mitten im Prozess der Sozialdemokratisierung, hat auch hier ihren Schwenk gemacht. Dass sie schwer verliert, insbesondere im Osten Deutschlands, dort nicht zuletzt an die AfD, scheint sie nicht zu stören: Nur einmal mitregieren!!

Die Motive der Anti-Euro-Bewegung in den Zentren, in Deutschland etwa, sind teils in konservativer Dogmatik zu finden, z. B. im Bestehen auf den „optimalen Wirtschaftsraum“. Teils zeigt sich aber, wie schon öfters im letzten Jahrhundert: Der alte Konservatismus ist in seiner Gebundenheit an kleinere nationale Einheiten bereit, auch einige Interessen des Finanzkapitals in Frage zu stellen. Neoliberale unterstützen sie eindimensional und rückhaltslos. Altkonservative Kräfte – auch dies keine neue Erscheinung in der politischen Geschichte – , aber auch offen reaktionäre Positionen konnten dies vielfach nutzen. Sie sind gegenwärtig im Aufwind. Viel erreichte dieser Widerstand bisher nicht, jedenfalls kurzfristig. Langfristig könnten einige Urteile des deutschen Bundesgerichts zum Sprengstoff werden.

Jene, die es sich leisten könnten, zögerten also, jedenfalls auf der Ebene der Bevölkerung. Aber die wirtschaftliche Peripherie, von Italien über Iberien und Griechenland bis Osteuropa, die drängte aus politisch-symbolischen Gründen in die Union. Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich eine Krise einstellte.

Und die Linke im Olivengürtel? Die griechische Linke ist gespalten in SYRIZA und KKE. Die KKE ist zwar anti-Euro, fährt aber sonst einen völlig dogmatischen Kurs und ist so kaum noch politikfähig. Der Hauptstrom der so breit gefächerten SYRIZA ist illusionär und in der Tendenz sozialdemokratisch. Er träumt noch immer von einer solidarischen EU. Diese Politik ist selbstverständlich zum Scheitern verurteilt. Selbst wenn SYRIZA die nächsten Wahlen gewänne, wäre damit nichts erreicht. Es wäre nur das Präludium für einen Zusammenbruch der Partei bei den übernächsten Wahlen.

In Portugal und in Spanien aber ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Sozialdemokratie wieder zurück kommt. Sie führte vor den letzten Wahlen dieselbe Politik wie die Konservativen heute durch. Aber im Moment macht sie auf Antiregierungs-Rhetorik, nicht aber Anti-EU.

Wirklich interessant ist Italien. Die klassische Linke ist völlig zusammengebrochen. Aber es gibt Ansätze mehrerer plebeischer Bewegungen. In dieser Sicht ist die neue plebeische Linke, wie sie sich in den *Cinque Stelle* mustergültig zeigt, von allergrößter Bedeutung. Sie bietet ein verwirrendes Bild und ist oft wirklich verwirrt. Wenn im Sommer 2013 ein Teil von ihr Romano Prodi oder Emma Bonino als Präsidentschafts-Kandidaten vorschlug, sagt dies eigentlich Alles. Aber die Grillini können nicht mit altlinken Maßstäben beurteilt werden. In den neuen *Forconi* wiederum gibt es Komponenten, die im alten populistischen Flügel des Faschismus wurzeln. Die neue Plebeisierung der europäischen Gesellschaften trifft unterschiedliche Schichten: solche, die den Grundstock der alten, "proletarischen" Linken bildeten; aber auch solche, die aus dem alten und dem neuen Kleinbürgertum kommen und oft recht reaktionär argumentieren. Denn *die Finanzkrise bedroht die Mittelschicht*. Trotzdem sind es diese Popular-Bewegungen, welche in die Zukunft weisen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sich der erstaunliche Wahlerfolg der Grillini bei den nächsten Wahlen wiederholt. Volksbewegungen brauchen stets Zeit und mehrere Anläufe, um eine Chance auf Erfolg zu haben.

Die Protest-Kräfte sind in den Kernländern von populistischen Rechtsparteien einvernommen worden. Heutige proletarische Schichten betrachten die Rechtsparteien, die FPÖ in Österreich etwa, teils sogar den FN in Frankreich, als Geißel und Strafe für die Sozialdemokratie. Das wäre die Herausforderung einer neuen Linken. Sie müsste sich aus der Umklammerung jeder sozialdemokratischer (Integrations-) Tradition lösen. Dazu müsste sie aber auf die Illusionen

des alten "Internationalismus" verzichten. Ein neuer Internationalismus muss Vieles neu durchdenken. Und doch ist auch in der progressiven Tradition genug vorhanden, das wieder zu beleben wäre. Aber ein heutiger Anti-Imperialismus wird jenseits der Unterstützung für die Dritte Welt nicht zuletzt den neuen Supra-Imperialismus der EU zu bekämpfen haben.

Die Effektivität des allgemeinen Wahlrechts hat den Nationalstaat Züge einer Schutzgemeinschaft auch für Unterschichten annehmen lassen. Im supranationalen bürokratischen Staat geht dies verloren.

Hält man den strategischen Gedanken für richtig, dass die Grundziele der linken Politik: gleiche Lebens-Chancen für alle Menschen und Selbstbestimmung, nur durch die Zerschlagung des vorhandenen Macht- und Schutz-Apparates der Eliten, des gegenwärtigen Staats, möglich ist, dann heißt die politische Logik unabweislich: Zerschlagen wir den Euro! Der Umbau der EU zu einem bürokratischen Ungeheuer seit Maastricht hängt an dieser Strategie. Das 20. Jahrhundert hat in seiner zweiten Hälfte eine bescheidene Demokratisierung auf nationalstaatlicher Ebene eingeleitet. Der neue Leviathan geriert sich supra-national. Ein neuer Internationalismus wird sich dagegen stellen – er kann nur sozialistisch und human sein, wenn er nicht wieder in einem einheitlichen Staat versteinert.

Literatur

Abelshauer, Werner (2010), Die Erblast des Euro – eine kurze Geschichte der Europäischen Währungsunion. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 43 (25.Oktober).

Bairoch, Paul (1976), Europe's Gross National Product: 1800-1975. In: J. of European Ec. History (JEEH) 5, 273 – 340.

Becker, Peter (2011), Die EU-Wachstumsstrategie ‚Europa 2020‘. Der Prozess als Ziel. Berlin: SWP-Studie 6

Beyer, Scott L. / Bergstrand, Jeffrey H. (2001), The growth of world trade. Tariff, transport costs, and income similarity. In: J. of Int. Economics 53, 1 – 27.

Bontrup, Heinz-J. (2012), Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen. Bergkamen: pad-Verlag.

Brenke, Karl (2012) Die griechische Wirtschaft braucht eine Wachstumsstrategie. DIW Wochenbericht Nr. 5, 3 – 15.

Breuss, Fritz (2009), 10 Jahre WWU – Erfolge, Schwächen und Herausforderungen. In: WIFO-Monatsberichte, 61 – 84.

Carlo, Antonio (1972), Politische und ökonomische Struktur der UdSSR, 1917 – 1975. Diktatur des Proletariats oder bürokratischer Kollektivismus. Berlin: Rotbuch.

Dean, Mark / Bariel, Maria Sebastia (2004), Why has world trade grown faster than world output? In: Bank of England Quarterly Bulletin, 310 – 320.

De Grauwe, Paul (2006), What Have We Learnt about Monetary Integration since the Maastricht Treaty? In: J. of Common Market Studies 44, 711 – 730.

De Grauwe, Paul (2009), The Euro At Ten. Achievements and Challenges. In: Empirica 36, 5 – 20.

Delors, Jacques – Committee for the Study of Economic and Monetary Union(1988), Report on economic and monetary union in the European Community. CB-56-89-401-En-C.

Denord, François / Schwartz, Antoine(2010), L'économie (très) politique du traité de Rome. Politix 23, 35 – 56.

Frankel, Jeffrey A. / Rose, A. (1998), The Endogeneity of the Optimum Currency Area Criteria. In: Ec. Journal 108, 1009 – 1025.

Frankel, Jeffrey A. / Stein, Ernesto / Wei, Shang-Jin (1996), Regional Trading Arrangements: Natural or Supernatural? In: AER 86, 52 – 56.

Grisold, Andrea / Maderthaler, Wolfgang / Penz, Otto, Hg. (2010), Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Das Beispiel Österreich. Wien: Böhlau.

Hardt, Michael / Negri, Antonio (2000), Empire. Cambridge, Mass.: Harvard University Press

Haller, Max (2008), European Integration as an Elite Process. The Failure of a Dream?

New York / London: Routledge.

Hansen, Alvin H. (1953), *A Guide to Keynes*. Foreword by S. E. Harris. New York: MacGraw-Hill.

Hellmann, Rainer (1979), *Das europäische Währungssystem*. Baden-Baden: Nomos.

Hicks, John R. (1937), Mr. Keynes and the 'Classics': A Suggested Interpretation. In: *Econometrica* 5, 137 - 149.

Higgings, Bryan (1993), Was the ERM Crisis Inevitable? In: *Federal Reserve Bank of Kansas City Ec. Review* 4th Quarter, 27 - 40.

Irwin, D. A. (2002), Long-run trends in world trade and income. In: *World Trade Rev.* 1, 89 - 100.

Jacks, David S. / Meissner, Christopher M. / Novy, Denis (2008), Trade Costs 1870 - 2000. In: *AER* 98. Papers and Proceedings, 629 - 634.

Kannankulam, John (2008), *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas*. Hamburg: VSA.

Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa (2011), *Europäische Wirtschaftsregierung - eine stille neoliberale Revolution*. In: *Kurswechsel* 1, 61 - 81.

Kleinheyer, Norbert / Simmert, Diethardt B. (1984), The European Monetary System Five Years On: Achievements and Prospects. In: *Intereconomics* 19, 117 - 123.

Knodt, Michèle / Corcaci, Andreas (2012): *Europäische Integration. Anleitung zur theoriegeleiteten Analyse*. Konstanz-München: UVK Verlagsgesellschaft.

Koch, Claus (1997), *Das Ende des Selbstbetrugs. Europa braucht eine Verfassung*. Traktat. München: Hanser.

Kocher, Paul A. (1991), Die Theorie optimaler Währungsräume. Beurteilungskriterien für die Adäquanz eines Wechselkursregimes. In: *Wirtschaftspolitische Blätter* 38, 624 - 633.

Lucas, Robert E. (1976), Economic Policy Evaluation: A Critique. In: *Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy* 1, 19 - 46.

Lucas, Robert E. (1990), Why Doesn't Capital Flow from Rich to Poor Countries? In: *AER* 80/2, 92 - 96.

Lucy, Florence de (2007), *direction, Hommage à Alexandre Kojève. Actes de la 'Journée A. Kojève' du 28 janvier 2003*. Paris : Bibliothèque nationale de France.

Luxemburg, Rosa (1966 [1913]), *Die Akkumulation des Kapitals*. Frankfurt: Neue Kritik.

Maes, Ivo (2004), *Macroeconomic and Monetary Policy-Making at the European Commission, from the Rome treaties to The Hague Summit*. Brussels: National Bank of Belgium - Working Papers, Research Series.

Mundell, Robert A. (1961), A Theory of Optimum Currency Area. In: *AER* 51, 657 - 665.

Mundell, Robert A. (1973), Uncommon Arguments for Common Currencies. In: John-

son, Harry G. / Swoboda, Alexander K., eds. *The Economics of Common Currencies: Proceedings*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Mundell, Robert A. (1997), *Optimum Currency Areas*. Extended version of a luncheon speech presented at the Conference on Optimum Currency Areas, Tel-Aviv University, December 5, 1997. <http://www.columbia.edu/~ram15/eOCATAviv4.html> (download: 14.11. 2011).

O'Rourke, Kevin H. / Taylor, Alan M. (2013), Cross of Euros. In: *J. of Ec. Perspectives* 27, 167 - 192.

Poulantzas, Nicos (1978), *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*. Hamburg: VSA:

Ramser, Hans J. (1986), Keynes-Literatur und die Relevanz makroökonomischer Lehrbuchmodelle. In: *Jb. f. Nat.ök. u. Statistik* 201, 441 - 456.

Rose, A.K. (1991), Why has World-Trade grown faster Than Income? In: *Can. J. of Ec.* 24, 417 - 427.

Scheller, Hanspeter K. (2006), *Die europäische Zentralbank. Geschichte, Rolle und Aufgaben*. Frankfurt / M.: EZB.

Schulz, Matthias (2004), Vom Atlantiker zum Europäer? Helmut Schmidt, deutsche Interessen und die europäische Einigung. In: König, Mareike / Schulz, Matthias, Hg., *Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949 - 2000*. Wiesbaden: Franz Steiner, 185 - 220.

Stockhammer, Engelbert (2011), Zwischen Finanzialisierung und Exportorientierung. Österreich im finanzdominierten Akkumulationsregime. In: Grisold, Andrea / Maderthaner, Wolfgang, Hg., *Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Das Beispiel Österreich*. Wien: Böhlau, 111 - 138.

Stockhammer, Engelbert (2012), Financialization, Income Distribution and the Crisis. In: *Investigación económica* LXXI, 279, 39 - 70.

Tindemanns-Bericht (1975): Bericht über die Europäische Union. In: *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften*. 1975, Sonderbeilage 1/1976, 11 - 39.

Triffin, Robert (1957), *Europe and the Money Muddle: From Bilateralism to Near-Convertibility, 1947 - 1956*. New Haven: Yale University Press.

Van Apeldoorn, Bastiaan / Drahošková, Jan / Horn, Laura (2008), eds., *Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance: From Lisbon to Lisbon*. Houndmills: Palgrave Macmillan.

van der Eijk, Cees / Schmitt. / Sapir, Eliyahu V. (2010) Die politischen Konsequenzen der niedrigen Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009. In: *PVS* 51, 4, 605 - 617.

Werner-Bericht: Report to the Council and the Commission on the realisation by stages of Economic and Monetary Union in the Community. Supplement to Bulletin II - 1970. Luxembourg: Council / Commission (Doc 16.956/11 - 70/F (8. October 1970)).

Woekener, Bernd (1991), Anmerkungen zu einigen neueren Entwicklungen im Post-keynesianismus. In: *Jb. f. Nat.ök. u. Statistik* 208, 189 - 201.

Über den Autor



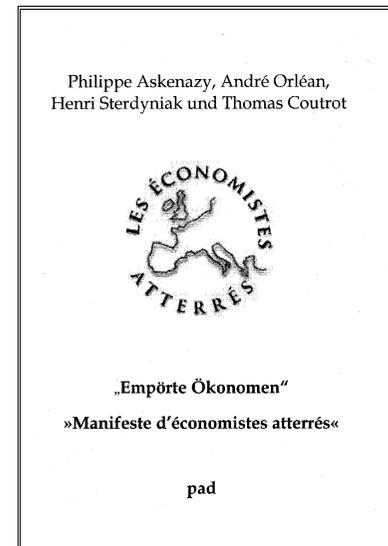
Albert F. Reiterer, 1948 geboren in Schiefing-Schönberg/Lav., Kärnten (Österreich). - Angestellter im Verlagswesen; im Statistischen Zentralamt; freiberuflicher Sozialwissenschaftler in Wien (DATINFORM – Büro für Sozialforschung). 2000 bis 2003 Wissenschaftlicher Leiter eines Minderheitenforschungsinstituts in Villach. – Habilitation für Politikwissenschaft an Univ. Innsbruck. Lehrbeauftragter an den Instituten für Soziologie und Volkskunde der Univ. Wien, am Institut für Soziologie der Universität Graz und am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck.

Arbeitsschwerpunkte: Ethnizität, Nationen-Bildung, Nationalismus, Minderheiten; gesamtgesellschaftliche Analysen, Kulturwissenschaft. Ergebnis dessen sind zwei Dutzend Bücher (teils in Zusammenarbeit mit anderen) und eine große Anzahl von Aufsätzen.

u.a.: Die unvermeidbare Nation: Ethnizität, Nationalität und nationale Gesellschaft (1988), Moderne Gesellschaften. Sozialstruktur und Sozialer Wandel in Österreich (1998), Gesellschaft in Österreich. Struktur und Sozialer Wandel im globalen Vergleich (2002), Postmoderne Ethnizität und globale Hegemonie (2002), Finnland: Eine kleine Nation und ihre Minderheitenpolitik (2004),

Kontakt: albert.f.reiterer@univie.ac.at

Aus unserem Programm



Empörte Ökonomen

Eine Streitschrift von
Philippe Askenazy,
André Orléan, Henri Sterdyniak
und Thomas Coutrot
Übersetzung Gerhard Rinnberger
Mit einem einleitenden Beitrag
von Heinz-J. Bontrup
64 Seiten, 5 Euro

Europäische Politiker haben aus der Krise, die durch die Exzesse der Finanzindustrie verursacht wurde, nichts gelernt. Zur Reduzierung der Defizite die durch die Bankenrettung und die Rezession verursacht sind, werden Anpassungsprogramme verfolgt, die wirtschaftliche Instabilität und soziale Ungleichheit erhöhen. Diese Politik im

Interesse der Banken und des Finanzkapitals gefährden die Zukunft des europäischen Projekts. Entsetzt über diese Entwicklung entstand das „Manifest empörter Ökonomen“. Es prangert zehn Fehlbehauptungen der aktuellen Debatte an und unterbreitet 22 Vorschläge für eine alternative Strategie.

In einem einleitenden Beitrag („Zur neoliberalen Mainstream-Ökonomie und ihr klägliches Versagen vor und in der Finanz- und Wirtschaftskrise“) zeigt Heinz-J. Bontrup in einer kurzen dogmengeschichtlichen Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften auf, wie die Neoklassik und später der Neoliberalismus entscheidend zur jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen haben und dass diese Wirtschaftspolitik bereits wieder wie vor der Krise weiter praktiziert wird. Alternativen sind daher überfällig.

INHALT: Fehlbehauptungen: (1) Finanzmärkte sind effizient / (2) Finanzmärkte tragen zum Wirtschaftswachstum bei / (3) Märkte schätzen die Kreditwürdigkeit von Staaten korrekt ein / (4) Der Anstieg der Staatsverschuldung rührt von übermäßigen Ausgaben / (5) Staatsausgaben müssen begrenzt werden, um die Staatsverschuldung zu senken / (6): Staatsverschuldung verschiebt die Last unserer Maßlosigkeit auf unsere Kindeskiner / (7) Wir müssen die Finanzmärkte beruhigen, um die Staatsverschuldung zu finanzieren / (8) Die europäische Union schützt das Europäische Sozialmodell / (9) Der Euro ist ein Schutzschild gegen die Krise / (10) Die Griechenlandkrise war das Sprungbrett zu einer europäischen Wirtschaftsregierung und einem wirklichen europäischen Sozialpakt / Schlussfolgerung: Wirtschaftspolitik diskutieren, Entwicklungspfade zur Restrukturierung der EU schaffen

Empörte Ökonomen

Eine Streitschrift von Philippe Askenazy, André Orléan, Henri Sterdyniak u. Thomas Coutro - Dt. Übersetzung Gerhard Rinnberger
64 Seiten, 5 Euro

Wolfram Elsner: „Neoliberaler“ Kapitalismus versus Demokratie

Finanzkrise, Systemkrise – und warum der degenerierte Finanzkapitalismus selbst mit formaler Vertretungsdemokratie unverträglich geworden ist.
54 Seiten, 5 Euro

Heinz-J. Bontrup

Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen
75 Seiten, 5 Euro

Günther Moewes

Dilettantismus oder Komplizenschaft? und „Das kleine Lexikon der ökonomischen Sprachtäuschung“
70 Seiten, 5 Euro

Wolfram Elsner: Wirtschaftswissenschaften – Realität – Politik

Der Beitrag des ökonomischen Mainstream zum Kasino-, Krisen- und Katastrophen-Kapitalismus – und Perspektiven der heterodoxen Ökonomik
78 Seiten, 5 Euro

Ekkehard Lieberam

Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie
74 Seiten, 5 Euro

Heinz-J. Bontrup: Wo geht es hier bitte zur Marktwirtschaft?

- Marktwirtschaftliche Ordnung, Wettbewerb und Wirtschaftsmacht
78 Seiten, 5 €

Heinz-J. Bontrup / Mohssen Massarrat (Hrsg.)

**Arbeitszeitverkürzung jetzt! 30-Stunden-Woche fordern!
Mit dem Manifest zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit**
74 Seiten, 5 €

Wolfram Elsner

**Die Menschheit in der Falle einer „unmöglichen“ Profitrate
oder: „Neoliberaler“ Finanzkapitalismus versus Demokratie und weitere menschliche
Entwicklung**
61 Seiten, 5 €

Ekkehard Lieberam:

Weltwirtschaftskrise als Zeitenwende – Krise ohne Ende?
66 Seiten, 5 €

Günther Moewes:

Arbeitswende - Die Überwindung des Beschäftigungsstaates
76 Seiten, 5.-- Euro